

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Rückstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 31. Mai 1923.

Nr. 124.

Die Parole der Einheitsfront.

Gelegentlich des Hamburger Kongresses, der ja der sichtbarste Ausdruck und Beweis der Sehnsucht und des Willens der Arbeiterschaft nach Einigung war, trat auch die Frage über Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Einheitsfront des sozialdemokratischen und des kommunistischen Proletariats wiederum in den Vordergrund. Aber einmütig hat der internationale Sozialistenkongress die Forderung des kommunistischen Auftrufs nach einem Zusammenschluß abgelehnt.

Welche Gründe nun hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die Einheitsfront mit den Kommunisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen abzulehnen? Vor der Beantwortung dieser Frage scheint es notwendig, zu untersuchen, welche Ursachen und welchen Zweck das kommunistische Begehren nach der Einheitsfront hat.

Nehmen wir zunächst an, den Kommunisten sei es mit ihrem Begehren ernst, so kann der Grund der Forderung nur darin bestehen, daß die kommunistischen Parteien allerorts zur Erkenntnis der eigenen Ohnmacht gelangten, das Schicksal des Proletariats zu lenken, den Kampf gegen die Reaktion aus eigener Kraft wirksam zu führen. Die Massen der kommunistischen Arbeiter haben es seit Jahr und Tag erfahren, daß revolutionäre Parolen, ständige Ermunterung zu Streiks und Demonstrationen, fortwährendes Predigen und Versprechen der Revolution, nicht instande sind, die Arbeiterschaft auch nur einen Schritt nach vorwärts zu führen, daß vielmehr die kommunistische Taktik manche schwere Niederlage der Arbeiterschaft verschuldet hat. Auch das kommunistische Proletariat hat erkannt, daß die kommunistischen Parteien trotz allem Radikalismus außerstande sind, der Arbeiterschaft auch nur ein Wort mehr als die sozialdemokratischen Parteien zu erobern und zu erhalten und diese Erkenntnis, diese Ernüchterung in den Köpfen der kommunistischen Arbeiter drängt sie in geschichtlicher Notwendigkeit zu uns hin. Nimmt man hinzu, daß angesichts dieser von uns vorausgesagten Entwicklung jeder kommunistische Arbeiter, der selbständig denkt, die Ueberflüssigkeit, die unabsehbare Schädlichkeit der Spaltung der Arbeiterklasse durch die Kommunisten zu begreifen beginnen muß, so ist der Grund des kommunistischen Rufes nach der Einheitsfront erkannt, zumal sich in den jetzigen Zeiten bitterer Reaktion die unheilvolle Wirkung der Zerreißung der Klassenkampffront doppelt fühlbar macht.

In Ansehung der gesteigerten Gefahren, die dem gespaltenen Proletariat durch die internationale geschlossene Reaktion drohen, hiesse es also für Sozialdemokraten und Kommunisten, sich zur gemeinsamen Aktion zusammenzutun, hiesse es für uns, allen Schaden der Arbeiter, alle Verunsicherungen und Unterstellungen gegen die Sozialdemokratie, die die Kommunisten schuldhaft auf sich geladen haben, zu vergessen, wenn die Gewähr vorhanden wäre, daß damit das Uebel beseitigt, die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gestärkt ist.

Diese Gewähr ist aber nicht im mindesten vorhanden. Im Gegenteil: Alle Erfahrungen innerhalb der verfloffenen zwei Jahre bis in die jüngsten Tage lehren uns, daß ein gemeinsames Arbeiten mit den Parteien der Moskauer Internationale, daß jede gemeinsame Aktion mit den Kommunisten nur neuen furchtbaren Schaden über die Arbeiterschaft brächte. Denn was ist der Zweck des kommunistischen Einheitsfrontbegehrens? Wie stellen sich die Kommunisten Arbeit und Kampf dieser Einheitsfront vor? Die Antwort darauf gibt die diktatorische Einstellung der Kommunisten, gibt jede ihrer dies betreffenden Äußerungen auf Tagungen und in der Presse, gab in den letzten Tagen, nachdem die Forderung vom Hamburger Kongress bereits abgelehnt war, ein neuerlicher Artikel des Reichsberger „Vorwärts“, der sich mit dieser Frage beschäftigt. Die Kommunisten wären — so

Furchtbare Erdbebenkatastrophe.

London, 29. Mai. Reuters meldet aus Akhabad: Nachrichten aus Teheran zufolge sind bei einem Erdbeben in der Nähe von Meshed viele Dörfer zerstört worden und Tausende Menschen umgekommen.

Der Kammerstreich Poincarés.

Bewilligung der Ruhrkredite: Niederlage eines noch ärgeren Hepters. — Gegen die englischen Vorschläge.

Paris, 29. Mai. (Havas). Die Kammer verurteilt die Kredite für das Ruhrgebiet. Der ehemalige Minister im Kabinette Clemenceau, Tardieu, billigte zwar die Okkupation, kritisierte aber die hierbei angewendeten Methoden. Ministerpräsident Poincaré erklärte, der Belagerungszustand dauere tatsächlich seit Beginn der Okkupation, welche entgegen der Behauptung Tardieus durch viele Monate bedacht und sorgfältig vorbereitet wurde. Wenn wir anfangs nicht mit größerem Nachdruck vorgegangen sind, so geschah dies deshalb, weil wir Deutschland die Verantwortung für seine Handlungen überlassen wollten. Degoutte sei der einzige Herr im Ruhrgebiet und habe zweierlei Verantwortung: gegenüber Frankreich und Belgien. Heute, wo die Abrüstung Deutschlands nahezu gesichert sei, wären militärische Kräfte, wie sie Tardieu anstrebe nicht notwendig. Ein Jahrgang müßte mobilisiert und Kredite hierfür angefordert werden, und dem widerstrebt die Regierung. Poincaré erklärte, die militärischen Mittel, welche jetzt in Anwendung kommen, seien hinreichend.

Nach der Rede Poincarés nahm die Kammer die Kredite für das Ruhrgebiet mit 505 gegen 37 Stimmen an, durch welche ein Kredit von 2707.203.865 Francs im ordentlichen Budget, 361.937.996 Francs im Nachtragsbudget, ferner 1135.866.262 Francs für die von Deutschland zu erfordern Auslagen und 4.501.933 Francs für besondere Rechnung zur Erhaltung der Okkupationsstruppen im Auslande bewilligt werden.

Gegenüber einer Anfrage Herrlots hob Poincaré hervor, es sei entgegen der Ansicht Herrlots unmöglich zu erwarten, daß England seine absolut unannehmbaren Vorschläge abändern würde. Die belgische

sagen dort deren Vorführer — bereit, über Art und Führung eines gemeinsamen Kampfes zu verhandeln, niemandem wolle eine Minderheit ihren Willen aufzwingen, durch freiwillige Zusammenarbeit solle die Einheitsfront entstehen; aber es müßte ein wirklicher Kampf für die gemeinsamen Ziele aufgenommen werden, die Abwehr müßte mit organisierten Aktionen geführt werden. Gleich darauf aber wendet sich der „Vorwärts“ dagegen, daß innerhalb der Einheitsfront die Mehrheit zu entscheiden hätte! „Das heißt auf deutsch“, sagt der „Vorwärts“, „die Sozialdemokraten müssen entscheiden und die Kommunisten haben einfach das zu machen, was die Sozialdemokraten beschließen.“ Zunächst denken wir für die Feststellung, die uns aus kommunistischem Munde neu und wertvoll dünkt, daß die Sozialdemokraten in der Mehrheit sind. Dies war bisher uns und der gesamten Öffentlichkeit klar, nur gerade den Kommunisten nicht. Daß diese aber nicht gesonnen wären, sich der Mehrheit zu fügen, beweist von vornherein, daß sie derzeit noch unfähig sind, irgend einer Körperschaft anzugehören, in der nicht nach Moskauer Art die Minderheit diktiert, sondern in der in demokratischer Weise die Mehrheit zu entscheiden hat. Diese Entscheidung müßte natürlich in jedem Falle durch den Meinungskampf zwischen Mehrheit und Minderheit — so wie in jeder demokratischen Körperschaft — erarbeitet werden und es ist eitel Gesunkter, wenn die Kommunisten davon reden, daß sie dann einfach das zu tun hätten, was die Sozialdemokraten beschließen. Sie hätten eben die Entschlüsse der sozialdemokratischen Mehrheit zu beeinflussen und diese würde, da es ihr um die Einheitsfront der Arbeiterschaft erst ist, den Gesamtwillen in Beschlüssen und Aktionen zum Ausdruck bringen. Die Kommunisten aber — und das ist das Entscheidende — wollen keine Demokratie, sie

Regierung habe die Unmöglichkeit eingesehen, den Standpunkt Frankreichs mit jenem Englands in Einklang zu bringen, und sei deshalb auf Seite der französischen Regierung geblieben. Es könne die Kammer aus Gründen, die er nicht genau angeben wolle, versichern, daß der Widerstand Deutschlands nicht lange mehr dauern könne. Diesbezügliche günstige Berichte laufen täglich von Arbeitern (!) und Industriellen ein. Wenn aber wider alles Erwarten Deutschland doch bis zum Winter Widerstand leisten sollte, dann würden die erforderlichen Approvisionierungsmaßnahmen getroffen werden. Er sei gerne bereit, schon morgen mit Deutschen zusammenzutreffen, welche Freunde der Gerechtigkeit und des Friedens sind, heute aber müssen die Franzosen allein den Frieden verwirklichen und den Sieg der Gerechtigkeit sichern. Dem Redner wurden Ovationen bereitet.

Keine englischen Ratschläge an Deutschland.

London, 29. Mai. (Reuters). Ueber einen Besuch dreier deutscher Vertreter in London, die bei der englischen Regierung in der Reparationsfrage sondieren sollen, ist in maßgebenden Kreisen nichts bekannt. Der Standpunkt der englischen Regierung gegenüber dem Reparationsproblem sei vollkommen unverändert und es könne keine Rede davon sein, daß Großbritannien Deutschland Ratschläge gebe über die Art eines Angebotes, das für Frankreich und Belgien ein annehmbares sein könne. Deutschland könne vollkommen die Ansicht Großbritanniens, die öffentlich dargelegt wurde, die Frage sei eine Frage zwischen Frankreich und Belgien, in die sich Großbritannien nicht einmische, und obgleich Großbritannien wünsche, daß ein befriedigendes Angebot gemacht werde, bleibe doch die britische Regierung vollkommen abseits bei irgend einer Aktion in dieser Frage.

widerspricht dem innersten Wesen der Moskauer Gedankenwelt und darum würden die Kommunisten bei der ersten Gelegenheit, wo ihr Wille nicht allein zum Sieg gelangte, die heißbegehrte Einheitsfront wieder sprengen, wie sie das schon des öfteren getan haben. Zu dem Zwecke aber, daß die Kommunisten innerhalb einer Einheitsfront ein paar Wochen lang ihre Ideen propagieren, die wir für verderblich halten, um dann zum Schaden der gesamten Arbeiterklasse den Rahmen wieder zu sprengen, zu diesem Zwecke wird die sozialdemokratische Arbeiterschaft niemals ihre Hand zur „Einigung“ bieten.

Der „Vorwärts“ meint dann noch, die Demokratie innerhalb der Einheitsfront wäre noch lange nicht das Schlimmste, wenn nur die Sozialdemokraten „einen wirklich ernstlichen Abwehrkampf beschließen wollten“. Dem sei aber beiseite nicht so! Die Sozialdemokraten würden nur beschließen, daß nichts geschehen darf und die Kommunisten müßten sich eben fügen. Der „Vorwärts“ wiederholt da eine seiner alten Unterstellungen, für die er niemals noch einen Beweis erbringen konnte und gegen die sich jede Polemik erübrigt. Derlei Behauptungen beweisen noch deutlicher, als die obzitierte Auffassung des „Vorwärts“ von der Notwendigkeit der Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit den Unernst der kommunistischen Einheitsfrontforderung. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft und die sozialistische Internationale haben es ja vernommen, was die Kommunisten unter der „Lat“ von der sie fortwährend sprechen, verstehen. Bisher haben sie es bereitwillig unterlassen, die „Aktionen“ mit Namen zu nennen, von denen sie sich eine wirksamere Bekämpfung der Konterrevolution versprechen. Erst in dem Manifest an den Hamburger Kongress haben sie die „Laten“ genannt: einen eintägigen Generalstreik und Demonstrationen für Sowjetrußland, gegen die Droßelung des

Entstellungen.

Im „Právo Lidu“ veröffentlichte gestern der Führer der tschechoslowakischen Delegation auf dem Hamburger Kongress Dr. Alfred Meißner einen Artikel, in welchem sich sovieler unrichtige Angaben und Verdrehungen der Tatsachen neben politischen Betrachtungen finden, daß wir uns damit begnügen müssen, zunächst einige Tatsachen richtigzustellen, bevor wir auf den politischen Inhalt des angeführten Artikels zurückkommen. Gleich zu Anfang des Artikels behauptet Meißner folgendes von den deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakischen Republik:

Da sie schon unsere Nichtaufnahme oder den Ausschluss unserer Partei nicht erzielen konnten, haben sie wenigstens, was in ihren Kräften stand, unternommen, um uns zu unserem Abgang aus dem Kongress zu bewegen oder haben uns, aus dem deutschen Ausdruck zu benützen „hinweggedrückt“.

Zu dieser Behauptung können wir nichts anderes sagen, als daß sie einfach eine plumpe Verdrehung der Tatsachen bedeutet. Wir haben Miß und Klar den Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission gestellt, von einem Ausschluß der tschechischen Sozialdemokratie aus der neu zu bildenden Internationale war nicht die Rede. Aber Meißner will unter allen Umständen den Hamburger Kongress zu einem Erfolg für die tschechischen Sozialdemokraten umdeuten, was er natürlich nur dadurch den tschechischen Arbeitern vorkaufschaffen kann, daß er uns etwas ganz anderes unterstellt, als wir verlangt haben.

Des weiteren erzählt Meißner nun folgendes:

Schon bei der Verhandlung über die Statuten in der Organisationskommission habe ich erachtet, man möge dem Punkt drei eine genauere Ausdrucksweise verschaffen. Dieser Punkt lautet: Die sozialistische Internationale der Arbeiterschaft ist nur soweit eine Tatsache, sofern deren Beschlüsse in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile verbindlich sind.“ Ich habe folgenden Vorschlag vorgeschlagen: „In internationalen Fragen grundsätzlicher sozialistischer Natur“, darauf hinweisend, daß die Beschlüsse der Internationale überhaupt nicht verbindlich für die innere Politik und innere Fragen sein können und daß auch bestimmte Dinge internationalen Charakters sind, wie z. B. internationale Verträge der einzelnen Staaten,

deutschen Volkes und gegen den Faschismus. Die Kommunisten haben sich natürlich keine Sorgen darüber gemacht, wie ein Generalstreik ausfiele und welche Wirkung er hätte, der zumindest in Frankreich und Italien im Vorhinein zum Scheitern verurteilt wäre. Doch das nur nebenbei. Außer dem eintägigen Generalstreik und den Demonstrationen wissen auch die Verfasser des kommunistischen Manifestes an den Hamburger Kongress keine „Lat“ zu nennen, nicht einen einzigen Weg, nicht einen Schritt zu weisen, auf dem Reaktion und Kriegsgefahr anders zu bekämpfen wäre, als mit den Mitteln des sozialdemokratischen Kampfes. Nicht eine Idee, nicht den geringsten Vorschlag einer irgendwie besseren Aktion gegen die Gefahren, die dem Gesamtproletariat drohen, vermögen die Kommunisten zur Verbesserung unseres Abwehrkampfes zu erbringen. Sie wollen die Einheitsfront nur, um dort für die Pläne und die Taktik Moskaus zu werden, die sozialdemokratischen „Verräter“ zu „entlarven“ und die sozialdemokratischen Arbeiter in ihr Lager hineinzuwerfen, dessen Feldrupe das Proletariat schon so unendlich schwer geschädigt haben. Daß der Hamburger Kongress diese Absichten der Kommunisten einmütig ablehnt, ist für uns ebenso selbstverständlich, wie wir es wärmstens begrüßen. Im übrigen ist die Frage der Einheitsfront zwischen uns und den Kommunisten solange überhaupt undiskutabel, solange die Kommunisten in Versammlungen und Zeitungen die Führer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft mit den schwersten Beschimpfungen überhäufen. Dabei sehen wir von den Leistungen der täglichen Berichtserstatter des „Vorwärts“ ab. Wie aber ist eine Einheitsfront mit Moskau möglich, solange Karl Radek — siehe seinen Artikel in der letzten Dienstanummer des „Vorwärts“ — die Führer der Sozialdemokratie, die Delegierten des Hamburger Kongresses „Falschspieler“ und „Leicht- und Schwerverbrecher“ nennt!

Eine Immunitätsdebatte im Senat.

Zweierlei Maß, zweierlei Recht. — Eine Rede des Senators Genossen Niehner.

welche der verbindlichen Entscheidung der Internationalen nicht unterworfen werden können. In der Debatte wurde jedoch von allen Seiten dieser Beschluß so erklärt, daß unter die Summe der Fragen, in denen den Beschlüssen der Internationale verbindliche Macht zusteht, die Fragen der innern Politik nicht gehören, daß den einzelnen Parteien volle Freiheit gewahrt bleibt und daß mit den internationalen Fragen nur jene Fragen gemeint sind, welche die gesamte sozialistische Welt betreffen.

Dazu haben wir folgendes zu bemerken: In den hier in Rede stehenden Beratungen wurde ausdrücklich gesagt, daß die Verhandlungen als vertraulich zu betrachten sind. Daran scheint sich Niehner nicht gehalten zu haben, weil schon am nächsten Tage das tschechoslowakische Presbüro über die Verhandlungen in der Kommission einen Bericht brachte. Da in der Kommission nur drei deutsche Sozialdemokraten und Genosse Brodsky antwortend waren, kann der Bericht von niemandem anderen stammen, als eben von Dr. Niehner. Nicht genug daran, schreibt nun noch Niehner, wie oben gezeigt, weiter über diese vertraulichen Verhandlungen, aber auch da führt er absolute Unwahrheiten an, weswegen und nichts anderes übrig bleibt, als der Niehnerschen Darstellung den wirklichen Gang der Verhandlungen entgegenzusetzen. Richtig ist in Niehners Ausführungen die Darstellung seiner Anschauungen. Gegen diese Anschauungen sprachen sich in der Kommission — wie uns Genosse Cernak mitteilt — die Genossen Tom Shaw, Cernak, Henderson, de Bruckere und Fris Adler an. Alle genannten Genossen sagten, daß die von Niehner beantragte Einschaltung überflüssig sei, man möge die Resolution unverändert annehmen, während Niehner es so darstellt, als ob die Kommission seiner Auffassung zugestimmt hätte!

Ganz falsch ist es auch, wenn Niehner in dem angeführten Artikel den Eindruck erwecken will, daß er in der Organisationskommission „im Namen der kleinen Nationen“ gesprochen hätte. Das ist eine besondere Annahme, weil beispielsweise die Jugoslawen und Rumänen überhaupt keine Verbindung mit den tschechoslowakischen Sozialdemokraten gesucht haben und auch das Verhältnis zur polnischen Mehrheitspartei kein gerade sehr herzliches ist. Die Vorlesung einiger sozialistischer Parteien, die unter dem Vorsitz von Kämec am 18. Mai in Berlin stattgefunden hat, hat auch vollständig ergebnislos geendet. Die einzige Partei, mit der die tschechoslowakischen Sozialdemokraten ein gewisses Einvernehmen pflegen, waren die rechten russischen Sozialrevolutionäre. Es ist kaum anzunehmen, daß Dr. Niehner die Russen etwa unter die kleinen Nationen rechnet.

Die bedeutsamste Feststellung aber, die Niehner macht und die schon verdient wörtlich wiedergegeben zu werden, ist die nachstehende:

So wie wir nicht verlangen, daß die Kommission den deutschen Sozialdemokraten ein bestimmtes Verhältnis zum Staate oder zur aktiven Politik im Staate vorschreiben soll, halten wir auch die Kommission für nicht berufen, die Nichtaktivität oder Unaktivität unserer innern Politik zu prüfen. Sonst würde die neue Internationale in den gleichen Fehler verfallen, wie die dritte Internationale, welche die Politik der kommunistischen Sektionen in einzelnen Staaten nicht nach den Bedürfnissen dieser Staaten, sondern nach den Interessen Sowjetrusslands bestimmt.

Wenn die Internationale das Recht haben sollte zu prüfen, geschweige denn über die innere Politik unserer Partei in der Tschechoslowakei zu entscheiden, würde es bedeuten, daß wir unter Aufsicht der deutschen Sozialdemokraten gestellt wären, welche mit jeder Abstimmung bei uns zur Internationale mit einer Beschwerde laufen würden und daß über die Nichtaktivität und Unaktivität unserer Politik Leute zu entscheiden hätten, welche, da sie viel zu entfernt sind, die Interessen unseres Staates nicht begreifen können. Für die innere Politik tragen wir die Verantwortung, wir müssen auch genügend viel Erfahrung und Ueberblick haben, um beurteilen zu können, was im Interesse der tschechoslowakischen Arbeiterklasse liegt. Ueber die Nichtaktivität unserer innern Politik kann nur die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterklasse entscheiden und urteilen, welche nicht nur die Bedürfnisse ihres Volkes, Staates und ihrer Klasse kennt, sondern auch einige Jahrzehnte sozialdemokratischer Erfahrung hinter sich hat.

Wenn diese Arbeiterklasse mit der Politik der Parteileitung nicht einverstanden sein sollte, dann wäre uns das Einverständnis der ganzen Internationale wenig nützlich, so wie umgekehrt das Einverständnis der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterklasse mit unserer Politik nicht wünschenswert gemacht werden kann durch das Nichtverständnis der deutschen Sozialdemokraten oder der zufälligen mehrheitlichen Majorität der Internationale.

Dazu haben wir nichts zu bemerken, als daß wir unsere Leser auf die Zusammenstellung der wichtigsten Beschlüsse des Hamburger Kongresses — die wir an anderer Stelle unseres Blattes bringen — verweisen.

Ueber den politischen Teil des Niehnerschen Artikels wird noch zu sprechen sein.

Ausbau der französischen Luftarmee.

Paris, 29. Mai. Der Marineminister hat in der Kammer einen Gesetzentwurf über die Organisation der Marinefliegertruppe eingebracht. Der Entwurf sieht den Bau von im Ganzen fünfzig Flugzeugeschwadern vor, die in fünf Marineflugzeugdivisionen eingeteilt sind. Er enthält auch Bestimmungen über die Organisation der Flugschulen.

Der Senat verhandelte gestern drei Immunitätsfälle, welche Anlaß zu einer stellenweise erregten Debatte gaben. Schon vorgestern lag dem Hause der Bericht des Immunitätsausschusses über ein Auslieferungsbegehren vor und gleichzeitig wurden die Berichte über fünf andere Fälle vorgelesen, von denen zwei in der nächsten Woche zur Verhandlung kommen sollen. Die meisten der Auslieferungsbegehren betreffen Ehrenbeleidigungen, in einem Falle, er betrifft den Senator Lin (deutscher Sozialdemokrat), handelt es sich um eine Strafverfolgung wegen angeblicher Äußerungen in einer Arbeitslosenversammlung, also um ein politisches Delikt, begangen in Ausübung des dem betreffenden Senator übertragenen politischen Pflichtenkreises. Die Mehrheit des Immunitätsausschusses hat nun unter dem Einfluß der Obmännerkonferenz der Koalitionsparteien in allen diesen Fällen, wo es sich um Mitglieder der Koalitionsparteien handelt, die Abweisung des Auslieferungsbegehrens beantragt, in allen Fällen dagegen, wo oppositionelle Senatoren angeklagt sind, beschlossen, dem Auslieferungsverlangen zu entsprechen. Diese ungleiche Behandlung der Immunitätsfälle, die sich offenkundig danach richtet, auf welcher Seite des Hauses das betreffende Senatsmitglied steht, wird noch auffälliger, da viele der Fälle ganz gleichartig sind und sich bei den Ehrenbeleidigungsfällen fast durchwegs ein Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit erweisen läßt. Es mag gewiß strittig sein, ob ein Parlamentsmitglied auch in seiner politischen Tätigkeit das Recht besitzt, einen politischen Gegner zu beleidigen, aber der Immunitätsausschuss, und mit ihm die Mehrheit des Senats, halten das für zulässig, wenigstens in jenen Fällen, wo es sich um Koalitionsmitglieder handelt. Das beweist der am Dienstag verhandelte Bericht über die Immunitätsangelegenheit des Senators Lazo, und der gestern verhandelte Bericht über die Auslieferung der Senatoren Kiofaß, Dr. Klouda und Stastny. Beide Fälle betreffen Ehrenbeleidigungen, im Falle der letztgenannten drei Senatoren geht es um eine Klage der vier aus der nationalsozialistischen Partei wegen ihrer dem Klubbeschluss entgegengegesetzten Abstimmung beim Schutzgesetz ausgeschlossenen vier Abgeordneten der Urbenskygruppe, denen von der nationalsozialistischen Parteileitung deshalb vorgeworfen wurde, sie hätten „unehrenhaft“ und aus „niedrigen Motiven“ gehandelt. Der Immunitätsausschuss stellte in allen diesen Fällen den Antrag auf Nichtauslieferung, weil er der Anschauung ist, daß diese Ehrenbeleidigungen von den Beklagten in Ausübung ihres Mandates begangen wurden. Und noch mehr: der Ausschuss unterzog die Auslieferungsbegehren auch einer meritalen Prüfung und begründete die beantragte Nichtauslieferung Lazos damit, daß dieser eigentlich gar keine Ehrenbeleidigung begangen habe, welche Prüfung aber doch keineswegs zur Aufgabe des Immunitätsausschusses gehört, sondern Sache des Gerichtes ist. Dieser Anschauung ist übrigens auch der Immunitätsausschuss, aber nur dort, wo es um oppositionelle Senatsmitglieder geht! Darum beantragte er, den kommunistischen Senator Matuska auszuliefern, obwohl auch hier ein Zusammenhang des von ihm verübten Deliktes mit seiner politischen Tätigkeit gegeben erscheint, und nächste Woche soll Senator Start ausgeliefert werden, weil er wegen des parteiischen Vorgehens eines Bezirkshauptmannes mit diesem in persönlichen Konflikt geriet — von dem Antrag auf Auslieferung des Senators Lin, bei dem es sich um eine politische Äußerung handelt, gar nicht zu sprechen.

Gegen diese ungleiche, ungerechte Art der Behandlung der Immunität der Senatoren, je nachdem sie auf der linken oder rechten Seite des Hauses sitzen, nahm in der gestrigen Sitzung Senator Genosse Niehner in entschiedener Weise Stellung. Der Berichterstatter Senator Dr. Stransky versuchte das parteiische und ziellose Verhalten des Immunitätsausschusses mit allen möglichen ihm reich zu Gebote stehenden Feinheiten zu verteidigen, aber die klaren Tatsachen konnte auch er nicht hinwegdisputieren. Die Anträge unserer Genossen auf Rückverweisung aller Immunitätsfälle an den Ausschuss zum Zwecke ihrer Ueberprüfung und Festlegung auf eine einheitliche Praxis, wurden nach bekanntem Muster von der Abstimmungsmaschine, der „věšina“, abgelehnt. Ruhmlos wie immer war das Verhalten der tschechischen Sozialdemokraten, die in Zwischenrufen ihre Zustimmung zu dem ein-

seitigen ungerechten Vorgehen der Mehrheit demokratisch zur Schau trugen.

Nachstehend der Sitzungsbericht:
Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen behandelte der Senat das Gesuch des Prager Bezirksgerichtes für Uebertretungen um Auslieferung der Senatoren Kiofaß, Klouda und Stastny zwecks Strafverfolgung wegen Ehrenbeleidigung.

Die Koalition im Kampfe um die „Ehrenhaftigkeit“.

Der Fall, um den es sich handelt, ist allgemein bekannt und der Berichterstatter des Immunitätsausschusses Senator Dr. Stransky erinnert nur an die hauptsächlichsten Vorgänge, die zu dieser Ehrenbeleidigungsfalle führten. Als im Abgeordnetenhaus das Gesetz zum Schutz der Republik verhandelt wurde, brachen vier Mitglieder der tschechischen sozialistischen Partei und zwar Dr. Bartoschek, Dr. Zizka, Landa-Styha und Dr. Urbensky die Klubdisziplin. Anfolgedessen wurden diese vier Mitglieder vom Exekutivsausschuss der Partei aus der Partei ausgeschlossen und zugleich erklärt, daß diese Ausschließung deshalb erfolgt, weil die Genannten aus „unehrenhaften“ und „niedrigen Motiven“ gegen die Interessen des Klubs gehandelt haben. Auf Grund dieser Entschlieung haben die vier Abgeordneten gegen alle Mitglieder des Exekutivsausschusses die Klage wegen Ehrenbeleidigung überreicht. Unter den Beklagten befinden sich auch die Senatoren Kiofaß, Klouda und Stastny. Der Immunitätsausschuss hat beschlossen, diesem Gesuch nicht nachzukommen und zu beantragen, daß die genannten Senatoren nicht ausgeliefert werden.

Senator Matuska: Es lebe Urbensky! (Heiterkeit bei der Koalition.)

Senator Dr. Kronst: Der wird Freude haben, bis er erfährt, daß man ihn hier hochleben läßt! (Neuereiche Heiterkeit.)

Dr. Stransky: Es geht darum, ob in der Handlungsweise der Klager Niedrigkeit und Unehrenhaftigkeit erblickt werden kann.

Senator Chlumec: Ehrenhaftigkeit, weil sie so gehandelt haben, wie die Wähler verlangen! Einige Koalitionssenatoren rufen: Das wird sich erst bei den Wahlen zeigen!

Senator Chlumec: Wenn wir die Wahlen nur erleben werden!

Dr. Stransky erklärt, daß die Frage entsteht, ob jemand unehrenhaft handelt, wenn er die Klubdisziplin bricht. Mit Bedauern konstatiert er, daß nicht nur unter den ausgeschlossenen Abgeordneten, sondern in der gesamten Öffentlichkeit überhaupt irrtümliche Anschauungen über die Ehrenhaftigkeit in der Politik eingerissen sind und daß Unterschiede zwischen der Ehrenhaftigkeit im politischen Leben und im privaten Leben gemacht werden. Es gebe aber nur eine Ehrenhaftigkeit: Unsere Öffentlichkeit habe keinen Sinn für die Berücksichtigung dieser Frage, weil leider die Ansicht maßgebend geworden ist, daß ideale Güter geringeren Wert haben als materielle Güter.

Lärmjungen.

Als der Berichterstatter von der „sittlichen Staatsordnung“ zu sprechen beginnt, ruft

Senator Genosse Polach: „Das ist die schlechteste Sache, die Sie als Advokat je zu verteidigen hatten!“ Diesen Ausruf nehmen die tschechischen Sozialdemokraten zum Anlaß, um in Zwischenrufen die Entscheidung des Immunitätsausschusses zu verteidigen. Von unseren Genossen erklingen die Rufe: „Ihr seid ja die Puppen der Bürgerslichen!“

Senator Jirasek: „Wie kleine Kinder lauft Ihr mit Euren Beschwerden nach Hamburg!“

Zwischen unseren Genossen und den tschechischen Sozialdemokraten, die sich vor der Ministerbank angeammelt haben, kommt es zu lebhaften Kontraversen.

Senator Start: „Die Wähler laßt sprechen!“

Senator Mieschowski: „Wir haben nicht so gehandelt wie Ihr! Wir haben Streik und Warnbrunn die Mandate belassen!“

Die weiteren Ausführungen des Berichterstatters gehen im entzündlichen Lärm vollständig unter. Man hört nur, daß der Berichterstatter davon spricht, daß jedes Mandat Besitz der Partei ist und nicht einzelner.

Senator Genosse Niehner:

Wenn wir über den vorliegenden Bericht verhandeln, so müssen wir die Praxis des Immunitätsausschusses, wenn man überhaupt von einer einheitlichen Praxis reden kann, in Berücksichtigung ziehen. Wir müssen dann zur Ueberzeugung kommen, daß es nicht so geht wie bisher. Der Immunitätsausschuss nicht mit zweierlei Maß, er hat ein anderes Maß für die Angehörigen der oppositionellen Parteien und ein anderes für die Angehörigen der Regierungsparteien. Der Herr Berichterstatter meint, es wäre unehrenhaft, wenn Mitglieder einer Partei gegen den Beschluss der Partei verstoßen und behauptet, daß sich im vorliegenden Falle die betreffenden Mitglieder der Partei gegen deren Programm vergangen haben. Redner weiß nicht, ob das Schutzgesetz auch zum Programm der nationalsozialistischen Partei gehört, er glaubt aber, daß es sich bloß um eine Mei-

nungsverschiedenheit in politischen Fragen gehandelt habe, wie solche in jeder Partei vorkommen. Man kann in einem solchen Falle keinesfalls von „niedrigen Motiven“ und einer „unehrenhaften Handlungsweise“ sprechen. Auch in unserer Partei hat es Meinungsverschiedenheiten gegeben, die zum Ausschluß von Abgeordneten aus der Partei geführt haben. Wir haben aber diese Fälle nicht beim Staatsgerichtshof anhängig gemacht wegen „niedriger und unehrenhafter Handlungen“. Wir haben die Abgeordneten ausgeschlossen, nicht nur sie, sondern auch die Organisationen, die hinter ihnen gestanden haben. Das konnte die nationalsozialistische Partei auch tun, ohne daß es notwendig war, die Betroffenen unehrenhafter und niedriger Motive zu beschuldigen.

Senator Havlena (tsch. Soz. Dem.): Ist es auch ehrenvoll, Klubkollegen zu verraten?

Niehner (fortfahrend): Es gibt etwas Höheres als die Klubdisziplin, das ist das Gewissen! (Lärm bei der Koalition.) ... Es gibt etwas Höheres als die Klubdisziplin und das ist die Verantwortung vor den Wählern.

Senator Polach: Höher als die Klubdisziplin steht der Sozialismus! (Beifall bei unseren Genossen.)

Niehner: Wir stehen bei aller Wahrung des Immunitätsrechtes durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß jedem Senator und jedem Abgeordneten die Möglichkeit gegeben sein darf, in privaten Fällen die private Ehre anderer Menschen straflos verletzen zu dürfen. Diese beiden Grundzüge zu berücksichtigen und im Auge zu behalten, das unterläßt aber der Immunitätsausschuss. Er geht ungleich vor, nicht nur in bezug auf die Behandlung von Mitgliedern der Regierungspartei und der oppositionellen Partei, er geht auch ungleich in einzelnen Fällen vor, indem er keine einheitliche Praxis befolgt. Es ist gestern hier der Immunitätsfall des Senators Lazo verhandelt worden. In diesem Falle hat es sich um eine Ehrenbeleidigung gehandelt. Um Klage und Gegenklage, wohl gemerkt! Ich betone das, weil in den Fällen, die den Senat in der nächsten Zeit beschäftigen werden, gerade der Umstand, daß eine Gegenklage eingebracht worden ist, als Grund angenommen wird dafür, daß der Immunitätsausschuss sich veranlaßt gefühlt hat, die Auslieferung des betreffenden Senators zu beantragen. In dem Falle Lazo hat es sich gleichfalls um Klage und Gegenklage gehandelt, dennoch ist folgendes geschehen: Der Immunitätsausschuss hatte erst beschlossen, dem Verlangen nach Auslieferung stattzugeben, dann später hat er diesen Beschluss umgestoßen ...

Senator Dr. Kronst: Auf Grundlage eines Beschlusses, für den Sie auch stimmen?

Niehner (fortfahrend): Gewiß, wir sind vollständig dieser Meinung. Ich will nur sagen, daß wir wünschen, daß nach diesen Grundzügen allgemein vorgegangen wird, nicht nur in einzelnen Fällen, wo es sich um Senatoren der Regierungsparteien handelt. Ich will diesen Grundzügen jedenfalls festhalten.

Senator Dr. Kronst: Es ist nicht jeder Fall gleich. Lazo wurde in Erfüllung seiner Senatorenpflichten beleidigt.

Niehner (fortfahrend): Ich werde Ihnen nachweisen, daß auch in anderen Fällen, z. B. im Falle des Senators Matuska ein Zusammenhang zwischen der politischen und der parlamentarischen Tätigkeit des Herrn Senators bestand hat und daß dennoch die Auslieferung des Senators Matuska beantragt wird! Das ist doch eine ungleiche Behandlung! ...

Senator Konecny: Jeder muß die Verantwortung dafür tragen, was er tut, das ist moralisch!

Niehner (fortfahrend): Warum ist das nicht im Falle Lazo gesagt worden? Es ist eine politische Verantwortung, die jeder zu tragen hat ...

Senator Konecny: Soviel Vertrauen haben wir hier, daß in jedem Falle richtig vorgegangen wird.

Niehner (fortfahrend): Gerech und gleich soll vorgegangen werden, doch das geschieht nicht!

Senator Dr. Remez: Das bedeutet nicht, daß alle ausgeliefert werden sollten! Führen Sie konkrete Fälle aus der bisherigen Praxis an!

Niehner (fortfahrend): Der Herr Kollege versteht mich offenbar nicht. Ich bin durchaus nicht dafür, daß jemand durch die Immunität geschützt wird, wenn er eine private Ehrenbeleidigung begeht. Auch in der Vergangenheit besteht dieser Zusammenhang mit meiner Auffassung, denn es gab keinen Fall, wo das österreichische Abgeordnetenhaus einen Abgeordneten ausgeliefert hat, wenn sein Delikt im Zusammenhang mit seiner politischen und parlamentarischen Tätigkeit stand. Im Falle Lazo ist also der Immunitätsausschuss nicht nur darauf eingegangen, zu prüfen, ob ein Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit besteht, sondern auch zu prüfen, ob überhaupt eine Beleidigung von ihm begangen wurde. Das ist mehr als sonderbar, daß der Immunitätsausschuss in einem Falle sogar den Inhalt der Klage prüft, sich gewissermaßen als Gericht etabliert, dem Berichte vorgeht, sich als letzte Instanz aufstut und das endgültige Verfahren durchführt, während er in anderen Fällen nicht einmal untersucht, ob die Klage nicht eine Verletzung des Immunitätsrechtes in politischen Dingen bedeutet. Das sind unmögliche Verhältnisse, gegen die wir uns wenden müssen.

Um Ihnen zu zeigen, von welchen unklaren Vorstellungen die Mehrheit des Immunitätsausschusses beherrscht ist, muß ich einen anderen Fall hier besprechen. Er betrifft den Herrn Senator Měchura, dem, mit Unrecht oder Recht, ich weiß das nicht und kann es nicht prüfen, das Vergehen des Kettenhandels zur Last gelegt wird, sicher ein Delikt, das mit der politischen Tätigkeit

Ländern, wo solche Minderheiten bestehen, insbesondere in den durch die Friedensverträge neu geschaffenen Staaten auf, alle Kraft einzusetzen, um die Prinzipien der demokratischen Selbstverwaltung und kulturellen Freiheit zu verwirklichen. Nur die Anwendung dieser Prinzipien vermag nationale Minderheiten mit dem Staat, dem sie eingegliedert sind, zu versöhnen.

IV.

Der Kongress lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf die Versuche der kapitalistischen Regierungen,

auf dem Wege der Finanzkontrolle

und durch andere wirtschaftliche Maßnahmen eine verschleierte Form der Intervention zu schaffen. So begünstigt in Oesterreich die Finanzkontrolle die kapitalistische und monarchistische Reaktion und bedroht die Macht der Arbeiterklasse. So lastet der wirtschaftliche Druck der kapitalistischen Regierungen auf der äußeren und inneren Politik der neugebildeten Staaten. Daher fordert der Kongress alle sozialistischen Parteien zum entschiedenen Kampf gegen diese tödlichen Formen der internationalen Reaktion auf.

V.

Der Kongress ist der Ansicht, daß in der Erklärung der öffentlichen Meinung

der Welt der Internationale eine äußerst wirkungsvolle Waffe zur Verfügung steht, um die Genossen in jenen Ländern zu verteidigen, in denen die gewalttätige Reaktion herrscht. Der weiße Terror in Ungarn, die faschistische Diktatur in Italien, die Armenierverfolgungen in der Türkei haben nicht nur in diesen Ländern die Demokratie zerstört und die organisierte Arbeiterklasse verfolgt, sie sind ein gefährliches Beispiel, das nur zu geeignet ist, das politische Leben der anderen Länder zu vergiften.

Der Kongress fordert die sozialistischen Arbeiter auf, die Informationen, die die Exekutive liefern wird, nach Möglichkeit auszunutzen, um die Ausschreitungen des Faschismus vor das Gericht der zivilisierten Menschheit zu ziehen. Die sozialistische Arbeiterinternationale ist der gerechteste Beschützer der unterdrückten Völker. Aber solange Ungarn seiner Arbeiterklasse nicht die Demokratie und die Freiheit gibt, wird die Internationale diesem reaktionären Land jede Unterstützung verweigern und auf die Regierungen der Alliierten einen Druck ausüben, daß sie das konterrevolutionäre Ungarn hinsichtlich der Entwaffnung nicht günstiger behandelt als das demokratische Oesterreich, Deutschland und Bulgarien.

Der Kongress ruft die Arbeiterklasse aller Länder auf, ihre ganze Kraft zum entschlossenen Kampf gegen die internationale Reaktion zu sammeln, den ewigwährenden Angriff des Kapitalismus abzuwehren, die Demokratie in der ganzen Welt wieder herzustellen und so die Bedingungen zu schaffen, die den Sieg des Sozialismus verbürgen.

Inland.

Auch eine Stimme über den Hamburger Kongress. Die Presse der tschechischen nationalsozialistischen Partei, aber auch ein Teil der tschechischen sozialdemokratischen Presse, bemühen sich, den Hamburger Kongress der sozialistischen Arbeiterinternationale herabzusetzen. Den Vogel schießt aber die „Rosa Doba“, das Bilsener Organ der tschechischen Sozialdemokratie ab, welche unter anderem schreibt: „Die deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei und der österreichischen Republik würden es nicht wagen, gegen die Hohenzollern mit soviel Anlagern hervorzutreten, wie gegen die tschechoslowakischen Sozialdemokraten und die tschechoslowakische Republik. Ist doch der Hohenzoller ihr Mann, ihre Seele, wogegen wir die Ursache des Unglücks beider Monarchien sind. Durch unseren Kampf wurden die Sabsburger und Hohenzollern vertrieben und das vertrat die Seele eines deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei und aus der österreichischen Republik nicht.“ Wegen solche Gemeinheiten zu polemisieren, ist unter unserer Würde und wir beschränken uns daher darauf, dieses Jiat als Ausdruck der geistigen Verwirrung gewisser Elemente in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie niedriger zu hängen.

Eine Erklärung des Abgeordneten Johanis. Wir lesen in der Wiener „Arbeiterzeitung“: „Wir haben vor einer Woche davon Mitteilung gemacht, daß das „Rude Pravo“ den tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Johanis beschuldigt, die Auflösung des kommunistischen Schulmachersverbandes beim Minister des Innern veranlaßt zu haben, und haben auch die näheren Umstände angeführt, die für die Wahrscheinlichkeit dieser schweren Anschuldigung sprechen. Jetzt gibt Johanis in den „Delniete Listy“ und wahrscheinlich auch in den anderen tschechischen sozialdemokratischen Blättern eine Erklärung, daß diese Anschuldigung eine Erfindung sei und daß weder er noch seine Gewerkschaft oder seine Partei für die Auflösung verantwortlich seien. Da Johanis dabei auch seine Verwundung ausdrückt, daß die Arbeiter-Zeitung diese Anschuldigung abgedruckt habe, obwohl sie die verlogene Kampfesweise der Kommunisten „kennt“, und meint, wir hätten das nur getan, weil er Mitglied der tschechischen Sozialdemokratie sei, stellen wir in aller Ruhe fest: Wir haben mit der Veröffentlichung der ganzen Affäre zwei Wochen zugewartet, weil wir immer dachten, daß endlich einmal eine authentische Antwort auf diese Anschuldigungen erfolgen werde. Aber Jo-

hanis hat geschwiegen und das „Pravo Lidu“ hat sich begnügt, mitzuteilen, daß weder der Vollzugsausschuß der Partei noch der Klub der Abgeordneten für die Auflösung eingetreten, sich vielmehr für die Aufhebung des Verbots eingesetzt haben. Von Johanis stand kein Wort in der Erklärung, so daß man darin nur eine mittelbare Bestätigung der gegen Johanis gerichteten Anschuldigungen erblicken mußte. Das „Rude Pravo“ hat übrigens auch zur Stützung seiner Behauptung erzählt, daß Johanis mit dem Minister des Innern konfrontiert wurde und dieser ausdrücklich erklärt habe, mit Johanis über die Auflösung verhandelt zu haben. Diese ganz präzise Behauptung wurde im „Pravo Lidu“ nicht bekräftigt und auch Johanis schweigt sich jetzt darüber aus. Es wird also noch sehr vieles aufklärt werden müssen, ehe Johanis reingewaschen ist.“

Ausland.

Hitlers Schrittmacher.

Die inneren Schwierigkeiten der bayerischen Regierung liegen in ihrem Verhältnis zu den vaterländischen Verbänden und zu den Kampfverbänden, die heute zwar in gewissen Gegenden zueinander stehen, in sogenannten Ernstfällen sich aber zweifellos aufs beste ergänzen würden. Ueber diese Verbände ist bekanntlich die Regierung sehr unzufrieden, und trotz der Rechtschwenkung der Regierung Knilling entspricht auch sie noch keineswegs den Wünschen dieser Verbände, namentlich nicht der Minister des Innern, Schueber, der die Staatsautorität gegen diese Rechtsultras nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten hat. Von seinem Nachfolger wird heute schon geredet. Er besitzt seit in Bayern unvergessenen Maßstäbungs- und anderen Funktionen im Münchener Generalkommando 3 während des Krieges schon einen ziemlich dickleibigen politischen Personalakt. Erst jüngst erzählte der literarische Hofkai der Württembergischen, der Hofrat Kshleitner, auch von dem „schneidigen Bezirksamtman von Dachau“ seligen Andenkens, Herrn Dr. Roth, wie er u. a. dem fliehenden König Ludwig den Dritten bis an die österreichische Grenze folgte und beim Hinüberfahren der königlichen Sabelsgleiten, der wenigen Kleider und dem bisfel Wäsche, behilflich war. Vor allem aber dann, wie er im nahen Aufsteig im Hotel Egger das Hauptquartier aufschlug und dieses auf ein trübseliges Weibergede hin in einer stürmischen Novembernacht in schweren Verteidigungszustand versetzte: Karabiner und Munition wurden herbeigeschleppt, Matrasen in den Speisesaal gebracht und die Fenster so besetzt, daß der obere Stadtplatz mit Gewehrfeuer beschießen werden konnte. Alles stand zum Schnellfeuer bereit, derweilen der ahnungslose König hinter den armierten Mauern schlief. . . . Doch bald danach fühlte der nämlige Dr. Roth das Bedürfnis, die „Kobemberbrecher“ — wie er sie heute nennt — anzubetteln, damit sie ihm als Staatsbeamten das Ueberpringen der bürokratischen Stufenleiter ermöglichen. Dabei entwickelte sich die Anpassung des künigstreuen Mannes an die Republik in sprunghafter Weise. War es zuerst der Wunsch nach einem leitenden Posten bei der Staatsbrauerei Weihenstephan, so steigerte sich dieser schließlich zu dem direkten Verlangen nach dem Stuhl eines Regierungspräsidenten im Freistaat Bayern. Der damalige Minister des Innern, Gen. Endres, teilte jedoch die allzu hohe Selbsteinschätzung der Fähigkeiten des Bezirksamtmannes nicht, so daß Herr Dr. Roth es dann vorzog, von jenen „Ertrungenshaften“ zu profitieren, die der Kapp-Putsch in Bayern im Gefolge hatte! Sollte die bayerische „Eigenart“ wirklich so weit gehen, diesem ehrgeizigen Herrn zum zweiten Mal ein Ministerpostenfleisch auszuhandigen, und zwar diesmal das noch bedeutendere des Innern, so könnte von vornherein niemand einen Zweifel darüber haben, daß der eigentliche Ministerpräsident in Bayern Adolf Hitler aus Braunau im Salzburgerischen heißt.

Der „Opfermann“ der Industriellen.

Den deutschen Industriellen hat nun ein geistig und klassenmäßig sehr Nahestehender, der Reichsbankpräsident Havenstein, ausdrücklichs bescheinigt, welche grenzenlos egoistische, un- und Volk unbefähigerte Gesellschaft sie sind. Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages, der den Ursachen der Markkatakastrophie nachzugehen hat, charakterisierte er sie folgendermaßen: „Wir haben geglaubt, erwarten zu dürfen, daß der Großhandel und das kapitalistische Publikum, das Noten gehandelt hatte, Verständnis dafür haben würden, daß diese Devisen, soweit sie nicht absolut gebraucht wurden, in dem von der deutschen Regierung und dem deutschen Volk geführten Existenzkampf nicht in die Kassen, sondern in die Kampffront gehörten. In dieser Erwartung sind wir allerdings getäuscht worden. Ich, der ich persönlich nicht unter die mit allzugrohem Optimismus behafteten Männer zähle, hatte doch erwartet, daß allermindestens die Hälfte der auferlegten Dollarschuldanleihe, vielleicht erheblich mehr, gezeichnet werden würde. Statt dessen wurde ungefähr ein Viertel gezeichnet. Fast mit dem Tage, an dem das geringe Ergebnis der Dollarschuldanleihe klar lag, setzte der neue Ansturm auf dem Devisenmarkt ein. Das Ausland beruhigte sich nach wenigen Tagen, nachdem es kolossale Summen von Mark auf den Markt geworfen hatte, aber im Inland setzte sich ununterbrochen dieser gewaltige Ansturm auf dem Devisenmarkt fort, so daß von sehr

weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft und des Publikums die Stellung gewechselt wurde und sie wieder in erster Linie an sich dachten. Es ist ein Unrecht, diesen Ansturm irgend einer einzelnen Wirtschaftsgruppe oder einzelnen Menschen zur Last zu legen. Die Summen sind so gewaltig, daß sie beweisen, daß von allen Seiten und von fast allen Seiten der deutschen Wirtschaft der Gedanke an die eigenen Interessen in den Vordergrund gestellt wurde. Vor allem lassen sich die gewaltigen Ziele des Devisenansturms nicht anders erklären, als durch die allgemeine Panikstimmung oder die Unbesorgtheit um das Ganze und unter Hervorhebung des eigenen Interesses.“ Die Schwach dieser Charakteristik wird die deutsche Bourgeoisie niemals mehr fortwaschen können, der Feitschenhieb sitzt.

Telegramme.

Die Finanzlage Deutschlands: 12,4 Billionen Defizit.

Berlin, 30. Mai. Der Reichsrat beschäftigte sich heute mit dem Etat für 1923 und stimmte der Fassung des Reichstages zu. Der Berichterstatter entwarf ein überaus trübes Bild der Finanzlage des Reiches. Der Fehlbetrag hat bereits die Höhe von 12,4 Billionen Mark erreicht, trotzdem dürfte diese Ziffer noch nicht das endgültige Defizit für 1923 bezeichnen, da sich bei der fortschreitenden Geldentwertung gegenwärtig noch keine zuverlässigen Anhaltspunkte für die voraussichtliche Entwicklung der Finanzlage im Jahre 1923 gewinnen lassen. Hierzu kommt noch, daß die Entwicklung im Ruhrgebiete noch gar nicht erkennen läßt, welche Ausgaben, denen keine Einnahmen gegenüberstehen, den Fehlbetrag noch erhöhen werden.

Ueberprüfung der Reparationsfrage durch die Handelskammern der Alliierten

London, 30. Mai (Havas). Die „Times“ melden: Ueber Einladung des Vollzugsausschusses des Verbandes der englischen Handelskammern treten binnen kurzem in London die Delegierten der betreffenden Vollzugsausschüsse Amerikas, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Englands behufs Prüfung des Reparationsproblems zusammen.

Täglich neue Drangsalierungen.

Paris, 29. Mai (Havas). Der stellvertretende Regierungspräsident von Düsseldorf, Lutterbeck, ist heute vormittags nach Erfeld gebracht und den belgischen Behörden übergeben worden. Er soll wegen angeblicher beleidigender Äußerungen gegen die belgische Regierung vor ein belgisches Kriegsgericht gestellt werden.

Düsseldorf, 30. Mai. (Wolff.) Heute früh ist Oberregierungsrat Henten, der Stellvertreter des ausgewiesenen Regierungspräsidenten, in seiner Wohnung verhaftet worden. Den Grund der Verhaftung bildet der an den französischen General wegen der Verhaftung des Oberregierungsrates Lutterbeck gerichtete Einspruch. An Stelle von Henten ist als Vertreter Oberregierungsrat Niemann bestellt worden. Die Streiklage in den städtischen Werken ist noch immer unverändert.

Düsseldorf, 30. Mai. Der Gemeinde Oberhausen wurde eine Strafe von 100 Millionen Mark auferlegt.

Duer, 30. Mai. (Wolff.) Aus Anlaß einer Schlägerei zwischen einem belgischen Kriminalbeamten und einem unbekanntem Strafenhäftling, in deren Verlauf ein unbefähigter Bergmann einen Schuss in die Ferse erhielt, ist von der belgischen Besatzung der Straßenverkehr von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten worden. Das Verbot gilt auch für die Straßenbahnen. Die Wirtschaften müssen um 8 Uhr abends schließen. Eine Reihe von Personen wurde verhaftet und ausgewiesen.

Mülheim, 30. Mai (Wolff.) Französische Besatzungstruppen bestanden gestern die Feste des Mülheimer Bergwerksvereines. Der Stadt Borhalle ist eine Kontribution von 20 Millionen Mark auferlegt worden. In Kupferdreh haben die Franzosen die Geleise der Bahnstrecken nach allen Richtungen hin ausgegriffen. Der Verkehr ist dadurch völlig unterbrochen.

Ruhe in Bochum.

Köln, 30. Mai. (Wolff.) Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Bochum meldet, wurde der Bevölkerung durch Anschlag bekanntgegeben, daß die gesehmähige Polizei den Ordnungsdienst wieder übernommen habe und daß jede Gewalttätigkeit rücksichtslos unterdrückt werden würde. Die Feuerweh und der ihr beigegebene Sicherheitsdienst führen in Lastautos durch die Stadt und besetzen die Hauptammelplätze der Aufführer. Gegen Mittag waren alle Straßen und Plätze wieder frei. Mit der Wiederkehr der Ordnung ist der Streik in sich zusammengebrochen und es wird mit der Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben und Zechen am Mittwoch gerechnet.

Wieder ein Mord.

Düsseldorf, 29. Mai (Havas). Vier deutsche Staatsangehörige, welche in die Grube „Bonifazius“ zwischen Mülheim und

Essen eindringen wollten, blieben auf den Anruf der Wache nicht stehen. Deshalb war sie genötigt, von der Waffe Gebrauch zu machen, und erschoss einen Deutschen. Der Wachenmann selbst wurde durch einen Revolverhieb an der Hand verletzt.

Eine Riesentundgebung der Dresdner Arbeiterklasse gegen die Teuerung.

Dresden, 30. Mai. (Eigenbericht.) Furchtbar übertriebene Meldungen werden über die Vorgänge in Dresden von der bürgerlichen Presse verbreitet. Man sprach in den Berichten von Straßenkämpfen, Barrikaden, Toten und Verwundeten. Die Wahrheit ist, daß seit acht Tagen jeden Tag Demonstrationen gegen die Teuerung stattfanden. Zu Zwischenfällen kam es nur Montag, wo die Polizei vereinzelt von der Waffe Gebrauch machte und drei Zivilpersonen, sowie drei Beamte leicht verletzt wurden. Auch wurde ein Waffenladen ausgeplündert. Der sozialdemokratische Polizeipräsident hat es sich zur Aufgabe gemacht, daß die Unruhen ohne Anwendung von Gewalt niedergehalten werden. Die so sehr übertriebenen Nachrichten zeigen, daß rechtsradikale Kreise am Werke sind, der sozialistischen sächsischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Am liebsten würden diese Kreise die Heranziehung von Reichswehr sehen. Auch bei den Demonstrationen mühen rechtsradikale Spitzel die Stimmung für ihre Zwecke aus.

Demgegenüber haben sich die Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaften und Arbeitslosenausschüsse zusammen geschlossen, um die wirtschaftliche Not, die die Ursache der Unruhen ist, zu beheben. Auf einem der größten Plätze Dresdens fand heute eine gemeinsame Riesendemonstration statt, die den gewaltigsten Eindruck machte. Die Teilnehmer veranstalteten Umzüge durch die Stadt, in denen zahlreiche rote Fahnen getragen wurden. Zu Zwischenfällen kam es trotz der ungeheuren Teilnehmerzahl nicht. Die Polizei war schon Dienstag und Mittwoch zurückgezogen worden. Für Ordnung sorgte der proletarische Selbstschutz, der hier zum erstenmal in Tätigkeit war. Ueberall, wo unsaubere Elemente zu Exzessen antrieben, mischte er sich beruhigend ein, so daß keine Verletzung von Personen oder Eigentum vorfiel. Es war eine großartige Kundgebung, wie sie Dresden noch nicht gesehen hatte.

Die „Sozialpolitik“ der Koalitionsregierung.

Gestern abends fand im „Lidovy dum“ eine stark besuchte Versammlung der Angestelltenchaft statt, die sich mit dem Erlass wegen Verlängerung der Kündigungsfrist der Angestelltenchaft, der von der Koalition nicht mehr verlängert wurde, beschäftigte. Den Vorsitz führte Genosse Weil, das Referat hielt Abg. Genosse Klein, der über seine Intervention beim Minister Dr. Dolanský und bei der Koalition berichtete und seiner tiefsten Empörung Ausdruck gab, daß in der Zeit der allgemeinen Krise die tschechische Regierung ihre primitivsten Verpflichtungen verärgert. Für die deutschen Angestellten sprach Genosse Köhler, der besonders auf die furchtbare Arbeitslosigkeit in Nordböhmen verwies und erklärte, daß die deutschen Angestellten durch die Nichtverlängerung des Erlasses in eine Lage hineingetrieben würden, die nahe an Verzweiflung grenzt.

Die Versammlung, die sehr stark besucht war, nahm eine Resolution an, in der die Verlängerung des Erlasses verlangt und gegen das reaktionäre Vorgehen der Regierung auf das entschiedenste protestiert wird, die Versammlung verlief ruhig.

Mut haben.

Mut haben heißt, seinen Willen nicht dem Zufall der Augenblicksindrücke und der Kräfte ausliefern; heißt, in den unvermeidlichen Stunden der Müdigkeit den Willen zur Arbeit und zur Tat beschören.

Mut haben heißt, in der grenzenlosen Unterordnung, die das Gesellschaftsleben von dem einzelnen fordert, irgend einen Beruf wählen und darin tüchtig werden; heißt, die Abneigung überwinden, in die kleinlich und eintönig scheinenden Einzelheiten einer Sache einzudringen. Mut haben heißt, so gut man kann vollkommen tüchtig in seinem Beruf werden; heißt, jenes Geick der Arbeitsteilung verstehen und sich ihm unterwerfen, das die Vorbildung nützlichen Tuns ist. Mut haben heißt, bei alledem noch Zeit finden, seinen Blick, seinen Geist über den Beruf hinaus auf die weite Welt zu richten und von einer höheren Werte aus ein ausgedehnteres Reich zu betrachten. Mut haben heißt, welchen Beruf auch immer man treibe, zugleich ein Praktiker und Philosoph sein.

Mut haben heißt, seine Spinn- und Webmaschine genau überwachen, damit kein Fädchen zerreiße, und doch eine größere und brüderliche soziale Ordnung vorbereiten, wo die Maschine die gemeinsame Dienerin der befreiten Arbeiter sein wird.

Mut haben heißt, die neuen Bedingungen zu beachten, die das Leben für die Wissenschaft und Kunst schafft; heißt, die fast unendliche Verwirrung der Lasten und Einzelheiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit erforschen und erfassen.

des betreffenden Senators nichts zu tun hat. Der Immunitätsausschuss beschloß aber, trotz des Protestes der Oppositionellen, ein langwähiges Verfahren einzuleiten darüber, ob dieses Vergehen des Kettenhandels tatsächlich vorliegt oder nicht. Der Immunitätsausschuss verlangte dem Bezirksgericht die Akten ab, und ging auf die Prüfung dieser Angelegenheit ein. Bei einer solchen Praxis des Immunitätsausschusses wird hier von Moral und Ehrenhaftigkeit gesprochen! Es wird verlangt, daß jemand ausgeliefert werde wegen einer Verleumdung, die in der Ebene des politischen Kampfes gefallen ist, wobei der verdächtige Zustand hinzukommt, daß es sich in allen diesen Fällen um oppositionelle Senatoren handelt. Eine solche Praxis ist ganz unerhört. Auf der einen Seite werden Mitglieder der Regierungsparteien, selbst im Falle der Anschuldigung des Kettenhandels, so behandelt, daß erst geprüft wird, ob dieses Vergehen begangen worden ist oder nicht und im anderen Falle, wo es sich um offensichtlich politische Angelegenheiten handelt, prüft der Immunitätsausschuss die Angelegenheit nicht und beantragt die Auslieferung!

(Nun erörtern von den Koalitionsparteien die Rufe: „Sie haben Mithras des Kettenhandels beschuldigt. Das wird er mit Ihnen noch austragen.“) **Niehrer:** Ich halte es den Herren zugute, daß sie die deutsche Sprache nicht beherrschen.

Pollak: Sie verleumden bewußt! **Niehrer:** (zu der Koalition gemeint) Sie haben alle so rote Köpfe, daß Sie sich nicht klar machen können, was Sie sagen. („Sehr gut!“) Es wird sich in noch gelegentlich geben, bei der Verhandlung der einzelnen Immunitätsfälle auf Ihre ungerechte Praxis einzugehen. Was gegen wir uns wenden, ist, daß keine einheitliche Praxis besteht, daß der Immunitätsausschuss hin und her taktet. Alle vorliegenden Berichte machen auf uns den Eindruck, daß sie nicht genug gründlich geprüft erscheinen. Wir stellen daher den Antrag, daß alle diese Angelegenheiten nochmals an den Immunitätsausschuss zur Verhandlung zugewiesen werden. (Lebhafter Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Der „große Zufall“ ist schuld!
Der Berichterstatter Senator Dr. Stranzky polemisiert mit den Ausführungen des Genossen Niehrer und sagt, daß der Immunitätsausschuss berechtigt sei, die Entscheidung des Gerichtes, ob der Senator ausgeliefert werden soll oder nicht, meritorisch zu prüfen. Er erklärt mit einem Ehrenwort, daß der Immunitätsausschuss Oppositionellen und Koalitionssenatoren gleichmäßig gerecht behandelt.

Niehrer: Ein Ehrenwort ist kein Argument! Die Tatsache, daß alle Oppositionellen ausgeliefert und alle Koalitionsten nicht ausgeliefert werden, hefte!

Dr. Stranzky: Wenn es in der letzten Zeit zu zahlreicheren Auslieferungen oppositioneller Senatoren gekommen ist, so ist dies ein großer Zufall. (Weiterer Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Senators Genossen Niehrer auf Nichtverweisung des Berichtes an den Immunitätsausschuss abgelehnt und der Antrag auf Nichtauslieferung Mofacs, Alondas und Stofungs von der Mehrheit angenommen.

Der Berichterstatter des Immunitätsausschusses Senator Dr. Stranzky referiert sodann über das Gesuch des Teplitz-Schönaner Bezirksgerichtes um Auslieferung des Senators Genossen Dr. Heller. Er führt an, daß Dr. Stradal, Advokat in Teplitz-Schönan, gegen Dr. Heller eine Ehrenbeleidigungsklage überreicht habe, da Dr. Heller den Dr. Stradal des Wohnungsinnehmers beschuldigte. Der Berichterstatter hält dies für eine Privatangelegenheit Dr. Hellers und beantragt dessen Auslieferung.

Senator Genosse Niehrer begründet den Antrag unseres Antrags, die Sache des Senators Dr. Heller dem Immunitätsausschuss zurückzuverweisen und erklärt, daß dieser Antrag deswegen überreicht wird, um eine einheitliche Praxis in Immunitätsfällen herbeizuführen. Dieser Antrag wird abgelehnt und die Mehrheit beschließt, den Senator Dr. Heller auszuliefern.

Dr. Stranzky referiert sodann über das Gesuch des Bezirksgerichtes von Cperies um Auslieferung des Senators Matuskal wegen Ehrenbeleidigung. Als die Koalition während des Referates wiederholt lachen, meinte Genosse Niehrer mit Recht: „Aber alles belustigen Sie sich!“

Die Auslieferung des Senators Matuskal wird von der Mehrheit beschlossen und der Verlegungsantrag Niehrers abgelehnt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft und Vizepräsident Sontup schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung 6. Juni.

Schutz den Angestellten!

Die Senatoren Genossen Jarolim, Löw und Genossen haben an den Minister für soziale Angelegenheiten und den Justizminister eine dringende Interpellation betreffend die Verlängerung der Kündigungsfristverordnung der unter das Handlungsbefreiungsgesetz fallenden Angestellten gerichtet. Es wird darin gesagt:

Mit Nr. 581 Verordnung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik vom 22. Dezember 1922 wurde die zuletzt durch die Regierungsverordnung vom 30. Juni 1922, Slg. d. S. u. B. Nr. 180 bis zum 31. Dezember 1922 verlängerte Befreiung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik vom 28. Februar 1919, Slg. d. S. u. B. Nr. 8 (Pa-

ragraphen 2 bis 4) mit den Abänderungen gemäß der Regierungsverordnung vom 21. Juni 1920, Slg. d. S. u. B. Nr. 395 bis zum 31. Mai 1923 verlängert.

Da bis heute die Verlängerung der Schutzverordnung, die am 31. Mai 1923 abläuft, nicht erfolgt ist, obwohl der sozialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses am 18. Mai 1923 einstimmig den Beschluß gefaßt hat, daß die Verordnung vom 22. Dezember 1922 bis dahin verlängert werde, bis die Novelle zum Kündigungsgebietsgesetz, deren Vorlage der Abgeordnetenkammer

der sozialpolitische Ausschuss für dringend notwendig hält, in Kraft tritt, stellen die Oppositionen an die Regierung die Anfrage:

1. Warum die Regierung dem bezüglichen Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses der Abgeordnetenkammer nicht entsprochen hat;

2. ob die Regierung bereit sei, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen und die diesbezügliche Verlängerung der angeführten Verordnung durchzuführen.

Prag, den 30. Mai 1923.

Selle Grundlagen.

Die Ergebnisse des Kongresses der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

In den Beschlüssen über die Organisation der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und in den Resolutionen zu den Punkten: „Der imperialistische Friede und die Aufgaben der Arbeiterklassen“ und „Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion“ hat der Hamburger Kongress für das Wirken aller der internationalen angeschlossenen Parteien neue, feste Grundlagen geschaffen.

Nachstehend zitieren wir jene Beschlüsse, die für die Schaffung einer internationalen Kampffront des Proletariates in der Tschechoslowakischen Republik von größter Bedeutung sind. Den Teil der Beschlüsse, der für alle sozialistischen Gruppen in der Tschechoslowakischen Republik unbestrittene Selbstverständlichkeit ist, wollen wir in diesem Zusammenhang unerwähnt lassen.

Im Statut der Sozialistischen Arbeiter-Internationale heißt es:

„2. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat die Aufgabe, die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen und in gemeinsamen Aktionen zusammenzufassen; sie erstrebt die gänzliche Vereinheitlichung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung entsprechend den Grundzügen dieses Statuts.“

„3. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist nur insoweit lebendige Wirklichkeit, als ihre Beschlüsse in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile bindend sind. Ein jeder Beschluß der internationalen Organisation bedeutet daher eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder.“

„4. Bei Konflikten zwischen Nationen wird die Sozialistische Arbeiter-Internationale von den angeschlossenen Parteien für sich als höchste Instanz anerkannt.“

Resolution der Kommission zu Punkt 1 der Tagesordnung.

Die Friedensverträge haben die wirtschaftlichen Notwendigkeiten vergewaltigt und dadurch die Krise verlängert und verschärft, den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft gehemmt. Sie haben über die besiegten Länder Unfreiheit und die ständige Bedrohung durch neue Gewalttaten verhängt, sie haben damit ihren Kredit zerstört, die Ordnung ihrer Staatsfinanzen und ihres Geldwesens aufs äußerste erschwert. Massenverelendung, in den besiegten Ländern durch unerschöpflich fortschreitende Entwertung des Geldes, in den Siegerländern und in den neutralen Ländern durch die Zerrüttung des Weltmarktes, den Verlust der Absatzmärkte, durch Arbeitslosigkeit und Leid, durch gewalttätiger Uebermut im Lager der Sieger und häßlichste Nachgedanken im Lager der Besiegten, friedensfeindlicher Nationalismus bei dem einen, wie dem andern, das sind die Ergebnisse der imperialistisch-militaristischen Phase des Kapitalismus.

Wahlosler Protektionismus, der die einzelnen Volkswirtschaften gegen die Wirkungen des Zusammenbruchs zu schützen wähnt, balkanisiert auch wirtschaftlich das politisch zerrissene Europa und vergrößert dadurch die Katastrophe.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse aller Länder ist es, die auswärtige Politik ihrer Regierungen zu überwachen, jeder Maßregel, die die Gegensätze zwischen den Völkern zu verschärfen und den Frieden zu gefährden droht, mit aller Kraft entgegenzutreten, gegen die Vergewaltigung fremder Völker ihr uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen und bei allen internationalen Konflikten ihre friedliche Lösung, ihre Austragung vor unparteiischen Schiedsgerichten zu fordern. Dieser Kampf, den das internationale Proletariat gegen alle imperialistische Politik zu führen hat, wird die größte Wirkung haben, wenn sich die Arbeiterklasse eines jeden Landes vor allem gegen die imperialistische Bourgeoisie des eigenen Landes mit allen ihr parlamentarisch zur Gebot stehenden Mitteln des proletarischen Massenkampfes wendet und wenn dieser Kampf international immer mehr vereinheitlicht wird.

Die Arbeiterklasse muß die Wurzeln der gefährlichsten internationalen Konflikte auszuwurzeln trachten, indem sie die Vergewaltigung der nationalen und religiösen Minderheiten bekämpft und ihre Befriedigung durch Institutionen demokratischer Selbstverwaltung fordert, indem sie sich der Expansion der Kolonialreiche, der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewalttätigen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen widersetzt und Selbstregierung der Kolonialvölker oder, wo deren Voraussetzungen noch fehlen, planmäßige und beschleunigte Vorbereitung der Selbstregierung verlangt, indem sie den Protektionismus bekämpft und für die Herstellung des freien Güterauslaufes und für die Freizügigkeit eintritt.

Einen dauernden Frieden kann die Arbeiterklasse nur sichern, wenn sie die allgemeine Abrüstung zu Land, Wasser und Luft erzwingt,

der sozialpolitische Ausschuss für dringend notwendig hält, in Kraft tritt, stellen die Oppositionen an die Regierung die Anfrage:

1. Warum die Regierung dem bezüglichen Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses der Abgeordnetenkammer nicht entsprochen hat;

2. ob die Regierung bereit sei, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen und die diesbezügliche Verlängerung der angeführten Verordnung durchzuführen.

Prag, den 30. Mai 1923.

Die einseitige Entwaffnung der besiegten Völker verstärkt die Gefahren imperialistischer Gewaltbereitschaft, die allgemeine Abrüstung hebt diese Gefahren auf. Die Arbeiterklasse muß in jedem Lande einen ständigen Druck auf die Regierung üben, um sie zu zwingen, den anderen Ländern die allgemeine Abrüstung vorzuschlagen.

Die Arbeiterklasse muß alle militaristischen Bündnisse bekämpfen, die jeden lokalen Konflikt zu einem allgemeinen Zusammenstoß erweitern; alle Geheimverträge ablehnen, die Gut und Blut der Völker für ihnen unbekannte Zwecke aufs Spiel setzen.

Der Kongress wendet sich einmütig mit der nachdrücklichsten Energie gegen die militaristische Besetzung des Ruhrgebietes.

Es ist unwahr, daß die Ruhrbesetzung die Reparationen sichern könnte. Sie schwächt im Gegenteil von Tag zu Tag mehr die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die notwendigen Reparationen und Kreditoperationen können nur durchgeführt werden durch Arbeit und Vertrauen, das heißt, in Eintracht und Frieden.

Es ist unwahr, daß die Ruhrbesetzung die Sicherheit Frankreichs und Belgiens gewährleisten könnte. Im Gegenteil befehrt sie, wie jede militaristische Besetzung, den Geist des Hasses und beschwört die Gefahr neuer Konflikte herauf.

Der Kongress erklärt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes das höchste Recht der Völker verletzt, das Recht, im Frieden zu leben und zu arbeiten, geschützt vor jeder fremden Vergewaltigung. Kein Vertrag kann diesen unbegrenzten Mißbrauch der Gewalt zugunsten des Siegers rechtfertigen. Der Kongress wendet sich gegen jede Maßregel, die in offener oder versteckter Form auf eine Annexion deutschen Gebietes oder auf eine Verstärkung der deutschen Einheit hinauslaufen würde. Er protestiert gegen den Rückfall in die Barbarei, der den Gläubigertaalen erlauben könnte, anstelle als lebendiges Pfand einige Millionen Arbeiter zu ergreifen.

Der Kongress berichtet die Arbeiter, die sich zu gleicher Zeit dem Druck eines fremden Militarismus und der Aufreizung ihres eigenen Nationalismus zu widersetzen verstehen, seiner brüderlichen Solidarität. Er begrüßt ihren passiven Widerstand als einen Beweis für die Unentbehrlichkeit der Arbeit, als Zeiten der Macht der organisierten Arbeiterklasse und gerade als ein Vorzeichen der künftigen Siege des Proletariates.

Der Kongress lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen darauf, daß nicht nur im Westen, sondern auch im Osten das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten wird.

Im Raum der von Rußland losgetrennten Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, auf der Balkanhalbinsel und in Mitteleuropa sind manche der neuen Staatsgrenzen nicht nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogen, sondern durch die Gewalt diktiert worden. Der Kongress verpflichtet die sozialistischen Arbeiterparteien, für das Selbstbestimmungsrecht aller dieser Völker einzutreten. Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat durch besondere Konferenzen der beteiligten sozialistischen Parteien eine einheitliche Politik der Arbeiterklasse zu friedlicher, demokratischer Lösung dieser nationalen Streitfragen vorzubereiten.

Resolution 8 der Kommission zu Punkt 2 der Tagesordnung.

Der Kongress fordert die sozialistischen Arbeiterparteien auf, in allen Ländern für Ausrottung des nationalstischen Hasses zu wirken. Dies ist insbesondere ihre Pflicht in Ländern, wo nationalen Minderheiten ihre vollen politischen Rechte und ihre kulturelle Autonomie vorenthalten werden. Die Unzufriedenheit der nationalen Minderheiten wird von den reaktionären Parteien für ihre Zwecke ausgenutzt und verschärft die Gefahr des Krieges und der Reaktion. In einigen dieser Länder hat der Faschismus die besondere Gestalt des Antisemitismus angenommen und ist zur Gefahr geworden, die von der gesamten Arbeiterklasse bekämpft werden muß. Der Kongress fordert daher die sozialistischen Arbeiterparteien in allen Ländern, wo solche Minderheiten bestehen, insbesondere in den durch die Friedensverträge neugeschaffenen Staaten, auf, alle Kraft einzusetzen, um die Prinzipien der demokratischen Selbstverwaltung und kulturellen Freiheit zu verwirklichen. Nur die Anwendung dieser Prinzipien vermag nationale Minderheiten mit dem Staat, dem sie eingegliedert sind, zu versöhnen.

Die vorstehenden Auszüge aus den beschlossenen Resolutionen stellen Beschlüsse dar, an die alle Parteien der neuen Internationale gebunden sind. Danach besteht für jeden die Möglichkeit, zu prüfen, wie die tschechi-

sehen Sozialdemokraten sich bisher verhalten haben und inwiefern ihre bisherige Politik diesen von der Internationale aufgestellten Grundzügen entspricht. Die Beschlüsse bilden auch einen Maßstab für das künftige Verhalten der tschechischen Partei.

Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion.

Wir haben in unserer Sonntagausgabe den dem Kongress vorgelegten Resolutionsentwurf des Gen. Bauer veröffentlicht und bringen heute die in einigen Punkten abgeänderte Resolution zu dem obigen Punkte der Tagesordnung in ihrem vom Kongress beschlossenen Wortlaut zum Abdruck.

Der Krieg hat in aller Welt als eine seiner verhängnisvollsten Wirkungen die Neigung hinterlassen, politische und wirtschaftliche Fragen mit Gewalt auszutragen. Die Klassen, die sich durch die wachsende Macht der Arbeiterklasse bedroht fühlen, verlassen die demokratische Regierungsform und nehmen ihre Zuflucht zur Gewalt, um das Machtverhältnis der Klassen zu ihren Gunsten zu verschleppen. Gegen diese Gewalttaten der Bourgeoisie muß die Arbeiterklasse die Demokratie verteidigen. Der Kongress erhebt neuerlich die Forderung nach dem Abschrei der politischen Flüchtlinge, verlangt die Befreiung aller, die für die sozialistische Idee im Gefängnis schmachten, und ruft die Arbeiterbewegung der ganzen Welt zu einem entschiedenen und geschlossenen Kampf gegen die internationale Reaktion auf.

I.

Der Kongress ist der Ansicht, daß letzten Endes die Arbeiterklasse in jedem Lande ihren eigenen Kampf für ihre politische und gewerkschaftliche Befreiung kämpfen muß. Er wendet sich nachdrücklich gegen jeden Versuch einer militarischen Intervention,

gegen jede Blockade oder jeden Boykott, ganz besonders dann, wenn diese Mittel gegen Staaten gerichtet sind, die sich das Mißfallen der herrschenden Klassen zugezogen haben. Er verurteilt die fortgesetzte Anwendung terroristischer Methoden durch die russische Regierung und die Befestigung der demokratischen Grundrechte als eine Gefahr nicht nur für den russischen Arbeiter, sondern für die wichtigsten Interessen des internationalen Proletariates; aber er fordert zugleich die Arbeiterbewegung auf, jeder Form der Intervention kapitalistischer Regierungen gegenüber Rußland Widerstand zu leisten. Eine Intervention unter ihrer Führung würde nicht die Fehler der gegenwärtigen Phase der russischen Revolution beseitigen, sondern die Revolution selbst. Weit entfernt, eine wirkliche Demokratie zu schaffen, würde sie nur eine Herrschaft der blutigen Konterrevolution aufrichten können, die zum Instrument der Ausbeutung des russischen Volkes durch den Imperialismus des Westens werden würde. Der Kongress ruft daher alle sozialistischen Parteien, insbesondere jene in den allerersten Ländern und den Nachbarstaaten Rußlands auf, sich nicht nur jeder Intervention zu widersetzen, sondern für vollständige rechtliche Anerkennung der russischen Regierung und die abschließende Wiederherstellung der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Rußland nachdrücklich zu wirken.

II.

Der Kongress fordert die Arbeiterklasse in allen Ländern auf, die auswärtige Politik der herrschenden Klassen wachsam zu verfolgen, damit sie nicht zur Förderung politischer und sozialer Reaktion außerhalb ihrer Grenzen

führt. Die wiederholte Gewaltanwendung der Militaristen gegen Deutschland treibt breite Massen des deutschen Volkes in die Arme der nationalstischen und monarchistischen Reaktion, die den Frieden der Welt gefährden, die Anerkennung der Verpflichtungen durch die Massen des deutschen Volkes entwertet und in ganz Mitteleuropa die Reaktion entfesseln würde. Die Republik ist dadurch gefährdet, der Militarismus wird ermutigt und die Arbeiterklasse wird mit gewalttätiger Niederwerfung bedroht. Der Kongress ruft die deutsche Arbeiterklasse zum entschlossenen Widerstand gegen die Konterrevolution und gegen die Sabotage der deutschen Kapitalisten auf, die die Opfer verweigern, welche sie im Interesse der Verpflichtungen Deutschlands bringen sollen. Er fordert die sozialistischen Parteien der alliierten Länder auf, ihren deutschen Genossen wirksame Unterstützung zu leisten, indem sie sich in ihren Ländern der Politik ihrer eigenen Regierung widersetzen, die freie Arbeiter dem militarischen Despotismus unterwirft, die Souveränität der deutschen Republik, die Integrität ihres Gebietes, die wirtschaftlichen Interessen ihres Volkes und ihre Würde selbst verletzt.

III.

Der Kongress fordert die sozialistischen Arbeiterparteien auf, in allen Ländern für die

Ausrottung des nationalen Hasses zu wirken. Dies ist besonders ihre Pflicht in Ländern, wo nationalen Minderheiten ihre vollen politischen Rechte und ihre kulturelle Autonomie vorenthalten werden. Die Unzufriedenheit der nationalen Minderheiten wird von den reaktionären Parteien für ihre Zwecke ausgenutzt und verschärft die Gefahr des Krieges und der Reaktion. In einigen dieser Länder hat der Faschismus die besondere Gestalt des Antisemitismus angenommen und ist zur Gefahr geworden, die von der gesamten Arbeiterklasse bekämpft werden muß. Der Kongress fordert daher die sozialistischen Arbeiterparteien in allen

Mut haben heißt, seine eigenen Fehler einsehen, an ihnen lernen, sie meistern, sich nicht von ihnen überwäligen lassen, vielmehr seine eigenen Wege weitergehen.

Mut haben heißt, das Leben lieben und dem Tode mit Ruhe ins Auge schauen; heißt tätig sein, sich großen Zielen widmen, ohne zu wissen, welcher Lohn unserem Streben im tiefen, unergründlichen Weltall bereitet sein wird.

Mut haben heißt, die Wahrheit suchen und sie sagen, sich nicht dem vorübergehenden Geseh der triumphierenden Mäge unterwerfen, unsere Seele, unseren Mund, unsere Hände nicht zum Wiederhall des einfältigen Beifalls und des fanatischen Hohnes zu machen.

Joan Jaurès.

Tages-Neuigkeiten.

Ein Kollege Hitters.

Die bayerischen Nationalsozialisten haben einen würdigen Bundesgenossen im sogenannten „Blücherbund“, dessen Führer genau so wie die Hitterleute auf den Putz hinarbeiten. In diesem „Blücherbund“ hat nun ein Rudolf Schäfer, ein politischer Hochstapler schlimmster Sorte die Führung an sich gerissen. Schäfer kam aus Darmstadt nach München. Schon in Darmstadt hat er in der Zeit nach dem Kapp-Putsch über sehr große Geldmittel verfügt. Wegen dunkler Mischgeschäften und Unwahrscheinlichkeit sei er dort mit großem Mißtrauen betrachtet worden. Trotzdem nahm man ihn in das Freikorps Oberland und dann in die Leitung des Bundes Oberland auf. Er hatte in der Geldwerbung für den Bund mitgearbeitet. Auch hier trieb er einen übertriebenen Aufwand. Wegen Verschleierung von Geldangelegenheiten wurde ein Ehrengerichtsverfahren gegen ihn eingeleitet. Schäfer trat aus dem Bund „Oberland“ aus. Trotzdem nahm man ihn sofort in den Bund „Treu-Oberland“ auf, der von Dr. Arnold Ruge geleitet wurde. Was ist Schäfer in diesem Bunde? Wir zitieren aus dem Bericht des Bundeschreznatters:

„Schäfers gesamte Tätigkeit war darauf gerichtet, die unbewachte Verfügung über die Geldmittel und die alleinige Führung in die Hand zu bekommen. Zu diesem Zweck schloß er eigenmächtig alsbald die gesamte Vorstandschaft von „Treuoberland“ aus. Das geschah zu der Zeit, als größere (Millionen-) Beträge aus unsichtbaren, nach Schäfers eigenen Aussagen französischen Quellen, in den Bund einströmten. Schäfer wurde vom Anfang an in allen nationalpolitischen Kreisen Bayerns mit dem allergrößten Mißtrauen betrachtet.“

Trotzdem ließ sich „die gesamte Vorstandschaft“ von Schäfer auskalteln. Es wurde der größere Bund „Blücher“ gegründet. Schäfer gewann mit drei Offizieren die Leitung. Auch hier gelang es ihm wieder, die übrigen Vorstandsmitglieder auszuscheiden (die es sich schweigend gefallen ließen) und über die Gelder zu verfügen. Der Bundeschreznatter sagt: „Eine ordnungsmäßige Vorstandsführung hat nie stattgefunden.“ Der Bericht sagt:

„Seit Jänner 1923 flossen Millionen durch die Hände Schäfers, die zum Aufbau des Bundes bestimmt waren. Es steht fest, daß Schäfer sich in seinem persönlichen Lebensunterhalt keinerlei Einschränkung anfertigte, für seine Person ein Luxusauto verlangte und eine Anzahl Leute unterhielt, die nur seiner Person dienen und ihm angeblich Sicherheit verschaffen sollten.“

Auch die bayerische Justiz kam diesem Hochstapler und Haderlumpen entgegen: es gelang dem Schäfer, seinen Genossen im Vorstand, Oberleutnant Berger, für sieben Wochen in Untersuchungshaft zu bringen. Schäfer muß über direkte Beziehungen zum Justizministerium und zur Polizeidirektion verfügt haben: als ihm Dr. Ruge lästig fiel, verfuhr Schäfer, nach den Angaben des Berichts, bei diesen Behörden ihn ins Zuchthaus zu bringen.

Und dieser Mann verfügte in Bayern über Macht! Ein Geheimbefehl, in dem er den Vormarsch auf München angeordnet habe, liege bei der Staatsanwaltschaft (von deren Tätigkeit in dieser Angelegenheit man aber nichts gehört hat!). Nach dem Berichte „bereitete er einen von Chrzejz diktierten Umsturz in München“ vor und trat zu diesem Zweck mit dem französischen Oberleutnant Richert in Verbindung. Von ihm bezog er Gelder. Gefinnungsverwandte halfen dem Schäfer in der Bundesleitung:

„Zu seinen Vertrauten gehörten ein gewisser Kumüller, der wegen Vertrauensbruchs schon aus „Oberland“ herausgeflogen war, ein gewisser Bau, der verdächtig ist, in Verbindung mit Franzosen verbrecherische Anschläge zu organisieren und ein gewisser Sing, ein Ausländer, angeblich Schweizer, der vor kurzem wegen Auslieferung schwerlegender Gerüchte zu 100.000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Neben diesen wurden in Schleißheim eine Anzahl unreifer Leute aus Bundesmitteln bezahlt.“

Dies der Führer und Typus der Nationalisten, die in enger Bundesgenossenschaft mit den nationalsozialistischen Kämpfern in Bayern hetzen, wühlen, auf einen Putz der Monarchisten gegen die Republik hinarbeiten!

Damit sich die Chefs erholen können... Im gestrigen „Prager Tagblatt“ ist folgende Notiz veröffentlicht, die sich immerhin sehen lassen kann:

„Die Verwaltungskommission für die Prager Handelskammer teilt auf verschiedene Anfragen

aus Handels- und Industriekreisen mit: Der Fronleichnamstag ist durch keine staatliche Vorschrift als obligatorischer Feiertag gekennzeichnet und es ist daher niemand verpflichtet, diesen Feiertag zu halten. Nach alter Gewohnheit aber arbeiten Handel und Industrie nur vormittags; nachmittags wird gesperrt, damit sich auch die Chefs ein wenig erholen können.“

Die Handelskammer teilt's mit und das „Prager Tagblatt“ druck's ab; mit Freude und Wohlwollen, denn es gönnt den vielgeplagten Chefs den freien Nachmittag zur Erholung. Nicht damit die Angeestellten ein paar Stunden verschlafen können, werden am Nachmittag Fronleichnam's die Büros gesperrt, sondern wegen der Herren Chefs! Die Arbeiter und Angestellten sind der Verwaltungskommission und dem „Prager Tagblatt“ wurscht, ihre Sorge gilt den Termisten der Armen, den Handelsbaronen und Industriekapitänen, die bei der Arbeit des Ausbeutens und Kuponschneidens zusammenbrächen, wenn sie nicht hier und da einen freien Nachmittag hätten. Nur dem Umstand, daß die Herren Chefs erholungsbedürftig sind — vielleicht eine kleine Ausfahrt mit dem Auto oder ein munteres Spielchen unternehmen möchten — danken die Arbeiter und Angestellten die freien Stunden. Hoffentlich rasten die lieben Chefs auch gehörig aus, damit sie am Freitag mit neuen Kräften an die Plusmacherlei herangehen können.

Der Fall Warmbrunn, über den wir seinerzeit ausführlich berichteten, wurde auf der am Sonntag in Reichenberg abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Kulturverbandes neuerlich aufgerollt. Auf eine vom Sekretar Karl an den Vorstand gerichtete Anfrage wurde vom Rechtsfreunde der Verbandsleitung eine Schilderung der Sachlage gegeben, der zu entnehmen ist: Lehrer Warmbrunn wurde nicht vom Deutschen Kulturverbande angestellt, sondern nur vom Deutschen Schulverein übernommen. Er hat auch nie im Auftrage des Deutschen Kulturverbandes die Lehrtätigkeit ausgeübt, sondern wurde wegen Krankheit beurlaubt. Bei den Wahlen wurde Warmbrunn Abgeordneter. Er richtete nach seiner Wahl an den Vorstand des Kulturverbandes das Ersuchen, es möge ihm der Gehalt wie den im aktiven Dienste stehenden Lehrpersonen weitergezahlt werden. Bereits dieses Gesuch war Gegenstand vielfacher Beratungen, bei denen der Hauptausschuß des Deutschen Kulturverbandes von der Erwaugung ausging, daß die Gelder des Verbandes für deutsche Schulen und nicht für die Bezahlung eines Abgeordneten zur Verfügung ständen. Schließlich überwog aber doch das Empfinden, Warmbrunn den im Schuldienste stehenden Lehrern gleichstellen zu müssen. Als Warmbrunn dieser Beschluß mitgeteilt wurde, erklärte er, er sei auf sechs Jahre gewählt worden, er bekäme einen Gehalt von rund 16.000 K jährlich vom Kulturverbande, würde sich aber mit einer Abfindungssumme von 60.000 K rone zufrieden stellen. Nach neuerlicher eingehender Beratung kam es zu dem Entschlusse, dem Abgeordneten Warmbrunn bei einer Verzichtleistung auf alle anderen Pensions- und sonstigen Ansprüche eine Abfindungssumme von 48.000 K zu geben. Erst nach Auszahlung dieses Betrages erfuhr der Hauptausschuß des Deutschen Kulturverbandes, daß Abg. Warmbrunn, der inzwischen Kommunist geworden war, sich beim Landeseshulrat um eine öffentliche Anstellung als Lehrer im Staatsdienste beworben hatte, obzwar er dem Deutschen Kulturverbande gegenüber erklärt hatte, er könne wegen seiner Krankheit die Lehrtätigkeit nicht mehr ausüben. Da Warmbrunn eine Rückzahlung des Geldes ablehnte, wurde ein Expök ausgearbeitet und einigen Mitgliedern des Hauptausschusses des Deutschen Kulturverbandes sowie auch einigen Mitgliedern des Parlamentarischen Klubs der deutschen Sozialdemokratie übergeben. Nach diesen Mitteilungen erklärte Sekretar Karl, daß dem Vorstand des Deutschen Kulturverbandes, der in korrekter Weise und nur im Interesse des Verbandes gehandelt habe, das vollste Vertrauen ausgesprochen werden müsse. Der Fall Warmbrunn richte sich von selbst.

Opfer des Militarismus im Frieden. Die Blätter melden aus Brüssel, daß in der Pulverkammer des Militärlagers in Casteau eine Explosion erfolgte, welcher zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Einige Personen wurden verletzt; der angerichtete Schaden ist erheblich.

Ein Heilmittel gegen die Zuckerkrankheit. Die Kopenhagener Krankenhäuser machten kürzlich Versuche mit einem neuen Präparat, Diastulin genannt, bei Heilung der Zuckerkrankheit. Einer der führenden Ärzte des Gemeindefrankenhauses erklärte, daß das Präparat gute Erfolge erwarren lasse. Das Diastulin ist ein Extrakt aus den Pancreas (Bauchspeicheldrüse) von Schweinen und wurde von dem dänischen Chemiker Gade Andersen entdeckt. Das Diastulin wird in Dänemark in Tabletten zu einem so billigen Preise verkauft, daß das Kurieren mit seiner Hilfe täglich bloß einige Pence kostet. Das Präparat wird bald auch in Norwegen und Schweden in den Verkauf gelangen, wo bereits an den Universitätskliniken Versuche gemacht wurden. Anmerkung: Die Entdeckung eines ähnlichen Präparats zur Heilung der Zuckerkrankheit wurde kürzlich unter dem Namen Insulin auch aus England gemeldet.)

Zita auf der Wohnungssuche in Jischl. Die Wiener Blätter veröffentlichen eine Meldung des „New York World“ wonach der amerikanische Theaterdirektor van Herberg der Erzherzogin Zita den freien Gebrauch der früher von Kaiser Franz Josef bewohnten Bestung in Jischl zur Verfügung

gestellt habe. Offiziell wird dazu mitgeteilt, daß eine Rückkehr der Erzherzogin nach Oesterreich ausgeschlossen ist, solange diese nicht die geforderte Verzichtleistung abgegeben hat.

Straßenunfälle in New York. Die New Yorker Polizei hat jetzt eine Statistik über die Unfälle auf den Straßen New Yorks im Monat April veröffentlicht. Das Fasten und Jagen macht anscheinend die Leute blind und taub gegen die Gefahren der Straße. Die Fußgänger kreuzen achtlos den Fahrweg, die Autos fahren in unerlaubt raschem Tempo und die Unglücksfälle mehren sich von Tag zu Tag. So wurden im Monat April 779 Personen bei Straßenkreuzungen überfahren, gestorben sind 35. Auf den Haltestellen wurden 549 beim Auf- und Absteigen verletzt, getötet 27. Unter 2227 Personen gab es 1104 Kinder; und unter den tödlich Verletzten waren 47 Kinder unter sechzehn Jahren. Die meisten Unglücksfälle ereigneten sich an den Straßenkreuzungen bei Zeitungslesenden, die, in die Tagesneuigkeiten vertieft, die Gassen überschreiten wollten.

Wiederaufnahme des täglichen Luft-Postverkehrs. Am 1. Juni wird der tägliche Luft-Postverkehr auf den Strecken Prag—Straßburg, Prag—Wien, Belgrad—Bukarest und Prag—Warschau wieder aufgenommen werden. Für den Luft-Postverkehr sind gewöhnliche und reformandierete Briefe, Postkarten, Druckorten, Warenmuster, Handelspapiere und gemischte Sendungen nach Frankreich, Oesterreich, Polen, Jugoslawien, Rumänien, Türkei, Bulgarien und Griechenland zulässig. Sendungen für Straßburg, Warschau, Wien, Belgrad und Bukarest werden direkt mit dem Flugzuge befördert. In die übrigen Städte Frankreichs, Polens, Oesterreichs, Jugoslawiens und Rumaniens werden die Luft-Postsendungen mit den nächsten Schnellzuganschlüssen befördert. Luft-Postsendungen nach Bulgarien, Griechenland und der Türkei werden mittels Flugzeug bis Belgrad und von hier aus mit dem Sipton-Orten-Expres weiterbefördert werden. Als Flugpostzuschläge werden nachstehende Gebühren eingehoben werden: Für Briefe (für je 20 Gramm oder einen Bruchteil hiervon): nach Frankreich 1 K, nach Oesterreich 75 h, nach Polen 1.25 K, nach Jugoslawien 1.50 K, nach Rumänien 2.25 K, in die Türkei, nach Bulgarien und Griechenland 1.50 K. Für Postkarten: nach Frankreich und Oesterreich 50 h, nach Polen, in die Türkei, nach Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien 75 h, nach Rumänien 1.25 K. Für Druckorten, Warenmuster, Handelspapiere und gemischte Sendungen (für die ersten 100 Gramm oder ihren Bruchteil): nach Frankreich und Oesterreich 1 K, nach Polen und Jugoslawien, in die Türkei, nach Bulgarien und Griechenland 1.50 K, nach Rumänien 2.50 K. Für jede weiteren 50 Gramm oder ihren Bruchteil beträgt die Gebühr die Hälfte des für die ersten 100 Gramm oder ihren Bruchteil festgesetzten Zuschlages. Für das höchstzulässige Gewicht und Ausmaß der für den Luftpostverkehr bestimmten Sendungen gelten die für die gewöhnliche Postbeförderung gültigen Vorschriften. Zur Frankatur sollen in erster Linie Flugpostmarken verwendet werden, die zu diesem Zwecke besonders herausgegeben wurden, und jede Sendung muß mit einer lesbaren Aufschrift, womöglich in französischer Sprache: „Par avion de Prague a Straßburg“ oder „Par avion de Prague a Belgrad“ ufm. oder mit der dazugehörigen Brette versehen sein. Mit einem besonderen Voten werden nur solche Flugpostsendungen zugelassen werden, die als Expres sendungen aufgegeben werden. Damit die Flugpostsendungen noch am selben Tage für die Beförderung durch das Flugzeug übernommen werden können, müssen sie wie folgt aufgegeben werden: In der Richtung nach Frankreich beim Postamt Prag-Flugplatz bis 14.10 Uhr am Tage des Abfluges, beim Postamt Prag I (Hauptpostamt in der Getreidegasse) bis 12.30 Uhr des Abfluges, bei den übrigen Postämtern der Republik derart, daß sie spätestens um 12 Uhr beim Postamt Prag-Briefexpedition eintreffen. In der Richtung nach Oesterreich, Polen, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland, Rumänien und der Türkei beim Postamt Prag-Flugplatz bis 10.10 Uhr des Abfluges, beim Postamt Prag I bis 9 Uhr und bei den übrigen Postämtern der Republik derart, daß sie spätestens bis 8.30 Uhr beim Postamt Prag-Briefexpedition eintreffen.

Die neuen zwei- und fünf-Heller-Stücke. Dem nächst soll mit der Prägung der zwei-Heller-Stücke begonnen werden, die aus Zink hergestellt und in der Ausführung den neuen Zehn- und fünf-Heller-Stücken gleichen werden. Die neuen fünf-Heller-Stücke sollen schon in kurzem herausgegeben werden. Sie werden den neuen Zehn-Heller-Münzen ähneln, aber natürlich kleiner sein.

Für die Verbilligung der Milch. Wie die Blätter melden, hat das Ernährungsministerium bei der politischen Landesverwaltung Vorkehrungen getroffen, daß diese wegen der Milchpreise mit den Milchproduzenten in Beziehungen trete. Die Menge der Futtermittel ermöglicht eine Verbilligung der Milch und der Milchprodukte.

Vom Schlagfeld der Arbeit. In der Grube „Hubert“ in Brunsch bei Friedel fand der Bergmann Josef Bondl den Tod. Er war mit dem Hauen eines Pfeilers beschäftigt, als sich ein Steinblock löste und ihm auf den Kopf fiel. Bondl war sofort tot. — Beim Verschleppen einiger Waggons im Nordwestbahnhof in Bisotzhan wurde Dienstag abends der Eisenbahner Wilhelm Schmid aus Bisotzhan zu Boden gestoßen und überfahren. Die Räder schnitten ihm das rechte Bein ab. Der Verunglückte wurde in das Allgemeine Krankenhaus übergeführt.

Vom Mij getötet wurde Samstag nachmittags der Häuslerjohn Honcejman, als er auf dem Wagen seines Vaters in der Gemeinde Yprava (bei Königgrätz) fuhr. Der Vater J. Honcejman, der neben dem Wagen einerschritt, erlitt Grundwunden, die eingespannten Rufe wurden getäubt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Sozialpolitische Vorlagen. Der gestrigen Sitzung des Ministerrates wurden, wie die „Nova Doba“ in Pilsen meldet, verschiedene sozialpolitische Gesetzesentwürfe vorgelegt. Es ist dies das Gesetz über den Schutz der Gesundheit und des Lebens der im Maler-, Lackierer- und Ausreißergewerbe beschäftigten Personen, weiters das Gesetz über die Verlängerung der Wirksamkeit einiger Vorschriften über die Krankenversicherung, über Veränderungen in der Einteilung des Staatsgebietes in 28 Gewerbeinspektorsbezirke und schließlich eine Vorlage über die Krankenversicherung in der Slowakei und Karpathenland.

Eine neue Auslandsanleihe der Tschechoslowakischen Republik? Anlässlich des Besuchs des Marschalls Koch in Prag gewährte Dr. Benes einem englischen Journalisten eine Unterredung, worin er unter anderem erzählte, daß die Absicht bestehe, in England neuer eine Anleihe von fünfzehn Millionen Pfund aufzunehmen.

Eine fonderbare Krankenkassa. Die Anhänger der bürgerlichen Parteien — in letzter Zeit sind es insbesondere die Agrarier — wissen nicht genug Schlechtes über die von Sozialdemokraten geleiteten Krankenkassen zu sagen, und werfen den Arbeiterkrankenkassen insbesondere die Höhe der Verwaltungsauslagen vor. Wie eine von Agrariern verwaltete Krankenkassa ausschaut, lehren die Verhandlungen des Landtages in Steiermark am 26. April dieses Jahres, die im „Arbeiterdud“ vom 15. Mai abgedruckt sind. In der Sitzung führte der Abg. Höfler über die Landwirtschafts-Krankenkassa in Steiermark folgendes aus: „In dieser Kassa gibt es nicht weniger als 7 Oberste, 3 Oberleutnants, 5 Majore, 2 Korvettenkapitäne, 2 Hauptleute, 2 Oberleutnants, 2 Leutnants, 1 Offizierstellvertreter und 1 Militärberchnungsrat. (Heiterkeit und Aufseufzerdurat ist keiner dort)“. Außer diesen vielen Offizieren sind bei dieser Kasse sechs Juristen und ein Student der Jurisprudenz angestellt. Bei vierzigtausend Versicherten sind in der Kasse nicht weniger als 56 männliche und 20 weibliche Angestellte beschäftigt, wobei die Bezirks- und Ortsgruppenleiter noch nicht eingerechnet sind. Bei der Kasse fungieren drei Direktoren.

Die österreichische Anleihe. Aus Paris, den 29. Mai wird berichtet: Die österreichische Anleihekommision hat heute mit Amerika, Belgien und Schweden abgeschlossen. Mit Holland und der Schweiz steht der Abschluß unmittelbar bevor. Die Anleihekommision kehrt morgen nach London zurück. Vertreter der großen amerikanischen Zeitungen verammelten sich heute in den Räumen des Pariser Hauses Morgan. Lamont als Vertreter Morgans und des amerikanischen Schuldites sowie Gesandter Frankenstein gaben namens der Anleihekommision eine Uebersicht über den Stand der österreichischen Anleiheaktion. Lamont führte aus, daß ein vorbereitendes Abkommen für die amerikanische Tranche heute zum Abschlusse gelangt sei. Die amerikanische Beteiligung in der Höhe von 25 Millionen Dollar sei in der letzten Woche in New York durch Morgan selbst bekanntgegeben worden. Die Einzelheiten der Ausgabebedingungen und der Emissionspreis seien noch nicht genau bestimmt, werden jedoch vermutlich von New York in einer Woche oder 10 Tagen bekanntgegeben werden. Es sei vereinbart worden, daß die amerikanischen Obligationen mit 7 Prozent verzinst werden. Lamont reist heute nachmittags nach London, um etwa noch weitere Besprechungen zu führen.

Kreisgewerkschaftskongress in Aulzig. Die am letzten Sonntag stattgefundene Kreisgewerkschaftskongress in Aulzig, der festhielt, daß trotz der Krise die Mitgliederzahl fast unverändert geblieben ist. Infolge der kommunistischen Spaltungsarbeit haben einzig die Verbände der deutschen Arbeiter keine Verluste erlitten. Genosse Ventel referierte über die Aufgaben der Gewerkschaften. An das Referat knüpfte sich eine Debatte, in deren Verlauf von den Delegierten der Bund ausgesprochen wurde, den kommunistischen Vertreter der Glasarbeitergewerkschaft nicht mehr in die Kreisgewerkschaftskommision als Mitglied zuzulassen. In diesem Sinne wurde auf Grund des § 11 der Statuten ein entsprechender Beschluß gefaßt. Die Wahlen in die Kreisgewerkschaftskommision ergaben so ziemlich die Bestätigung der alten Funktionäre, ebenso wurde als Vertrauensmann Genosse Ventel wiedergewählt.

Devienkurse.

Prager Kurse am 30. Mai.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden . . .	1923.00	1327.00
10.000 Mark	5.40 00	6.40 00
100 belg. Francs	101.75 00	193.25 00
100 schwed. Franc	509.75	602.25
1 Pfund Sterling	154.87 50	156.37 50
100 Lire	162.25 00	163.75 00
1 Dollar	33.80 00	34.20 00
100 franz. Francs	224.25	225.75
100 Dinar	37.00 00	37.50 00
10.000 magyar. Kronen . .	63.50 00	67.50 00
10.000 poln. Marz	5.00 00	6.00 00
10.000 österr. Kronen . .	4.61 00	5.11 00

Züricher Schlusskurse am 30. Mai.

	Gold	Ware
Paris	36.00 00	36.70 00
London	25.61 00	25.63 00
Berlin	0.00 91 00	0.00 94 00
Mailand	26.25 00	26.35 00
Holland	216.50	217.00
Wien	0.00 78.12	0.00 78.37
Budapest	0.00 75	0.10 50
Prag	16.52 50	16.55 00
New York	5.54 25	5.54 75
Belgrad	5.00 00	6.05 00
Warschau	0.00 95 00	0.01 10 00
Wien gest.	0.00 00	0.00 00

Gerichtssaal.

Wie man zu billigen Waffen, zu Perlen, Brillanten und Millionen kommt.

Ein Waffenschieber kauft die ganze Ententemission für eine Million Kronen.

Seit drei Tagen wird im Divisionsgericht ein Prozeß abgetrieben, der ein Bild des Wiener und Prager Nachkriegsgewinnlertums darstellt. Der Prozeß, der eine Ergänzung des kürzlich stattgefundenen Wiener Skandalprozesses Hornik-Oppenheimer ist, endete ebenso wie in Wien überraschend: die Beschuldigten wurden freigesprochen. Die Vermittler und sonstigen Helfershelfer bei den Geschäften des berühmtesten Waffenschiebers haben natürlich keine Geldgehälter angenommen, ihre Vermögen, von dem vor dem Urteilspruch nicht einmal eine Spur vorhanden war, erwies sich plötzlich als von irgendeiner Tante vererbt — alle an diesem christlichen Handel Beteiligten wurden in Wien und Prag als Ehrenmänner bestätigt. Als solche sind sie nach dem Urteil erst recht lebenswert.

Am ersten Verhandlungstage

wurde die Anklageschrift vorgelesen. Major A. Reand und Oberst N. Veran werden nach § 383 der Militär-Strafprozessordnung beschuldigt, in der Funktion als Mitglieder der „Einkaufs- und Uebernahmungskommission für Waffenmaterial beim Amte des Bevollmächtigten der tschechoslowakischen Republik in Wien“ Geldgeschäfte ungenommen zu haben. Beide Angeklagten, denen mehrere Offiziere und Unteroffiziere zur Seite standen, hatten Kriegsmaterial einzukaufen und schlossen im Jahre 1919 und Anfang 1920 eine Reihe von Geschäften mit der Firma Julius Brück in Wien über Lieferung von verschiedenem Kriegsmaterial ab. Nach der Auflösung der Kommission wurden die beiden Beschuldigten in der ersten Hälfte des Jahres 1920 nach Prag verlegt. Im Februar 1921 starb Julius Brück; die Wiener Polizei beschlagnahmte seine amtlichen Geschäftsbücher, da man den Verstorbenen der Steuerhinterziehung verdächtigte. Hierbei wurde ein von Brück eigenhändig geschriebenes Notizbuch gefunden, das unter verschiedenen Daten auch Ausgaben von vier Millionen österreichischer Kronen enthielt, bei dem damaligen valutatorischen Verhältnis etwas mehr als eine Million tschechischer Kronen. Bei der Ueberprüfung dieser Aufzeichnungen wurde festgestellt, daß es sich um Ausgaben bei den Geschäften der Firma mit der „Tschechoslowakischen Einkaufs- und Uebernahmungskommission“ handelte. Da der Verdacht aufkam, daß diese Ausgaben zu Bestechungen von Mitgliedern der Kommission verwendet wurden, wurde in Wien eine Kontoristin der Firma Brück einvernommen, die bezeugte, daß sie bei den Bestechungsposten eingetragene Buchstaben „M. R.“ sich auf den Major Reand und die Bezeichnung „Herr Beer-Beer“ und „E. B.“ auf Oberst Veran beziehen. Beide Angeklagten haben das Privatamt Brücks und dessen Loge in der Oper besucht und waren auch sonst öfter Gäste bei ihm. Es folgte das

Verhör der Angeklagten.

Major Reand, der als Legionär in die Tschechoslowakei zurückkam, wurde in die Slowakei geschickt, wo er Waffenkäufe vermittelt hatte und später nach Wien. Reand schilderte die Beziehungen zu Brück. Er sagte, daß dieser der einzige in Wien gewesen sei, der seine Vertrauensmänner im Arsenal gehabt habe. Ein Händedruck Brücks im Arsenal habe alle Türen geöffnet.

Oberst Veran bespricht die Vorteile der Geschäftsverbindung mit Brück. So hat der tschechoslowakische Staat beim Kauf der 15 Zentimeter-Granaten 25 Millionen Kronen gegenüber den Preisen der Pilsener Stadawerke erspart. Die Munition bei Brück kostete 700 Kronen, während sie die Stadawerke zur selben Zeit für 1400 Kronen veranfaufen. Er schilderte ferner die Wiener Verhältnisse nach dem Untertage. Der Soldaten- und Arbeiterrat habe damals die Militärformationen in Deutschböhmen mit Waffen beliefert. Veran sei in das Kriegsministerium in Wien eingedrungen und habe alle Dispositionen und Transporte erfahren und habe diese nach Prag gemeldet. Tatsächlich wurden Waffentransporte aus Wien an der tschechoslowakischen Grenze beschlagnahmt. Diese ganze Aktion habe er allein unternommen. Brück hatte, um über alle Geschäfte informiert zu sein,

in der Wiener Telephonzentrale eine bezahlte Telephonistin

sitzen, die ihn von allen wichtigen Gesprächen informierte. Major Reand habe deshalb die Chiffrierung eingeführt. Major Reand hatte eine vom französischen General Pellé unterschriebene Bewilligung für die Waffenansuhr. konnte jedoch die Ausfuhrbewilligung in Wien von der dortigen französischen Kommission trotzdem nicht erhalten. Brück hingegen erhielt ohne irgendwelche Umstände die Ausfuhrbewilligung innerhalb 24 Stunden. Brück kaufte im Arsenal „schlechte“ Munition, erhielt aber gute, die er an die tschechoslowakische Einkaufskommission weiter veräußerte.

Am zweiten Verhandlungstage

wurden Zeugen einvernommen. Major Rakubec gab an, daß man mit Brück arbeiten mußte, da man ohne ihn überhaupt nichts erhielt.

Interessant war die Aussage des Generals Bodajil, der erzählte, daß ihm Brück 3000 Kronen gegeben habe, daß er diese aber später dem Brück zurückgegeben habe. Zeuge erklärte ferner, daß es in Kreisen der Uebernahmungskommission geradezu sprichwörtlich war:

Was niemand zustande bringt, macht Brück in 24 Stunden.

Oberstleutnant Vredko erklärte auf die Frage des Vorsitzenden: „Hatten Sie mit Brück etwas zu

tun?“ folgendes: Einmal hat mich Brück auf der Stiege der tschechischen Gesandtschaft angesprochen und eingeladen. Ich erklärte ihm, daß ich in seiner Wohnung nichts zu suchen hätte. Trotz dieser deutlichen Abweisung hat er mit noch

öfters Geld, einmal sogar einen Brillantenring, angeboten.

Als ich auch den nicht nehmen wollte, sagte er: Geld und Schmuck nehmen Sie nicht, wie wäre, wenn ich Ihnen ein hübsches Mädchen verschaffe? Es wird Sie nichts kosten und Sie werden sich gut unterhalten. Dagegen werden Sie doch nicht gratifizieren!

Hierauf wurden einige andere Offiziere vernommen, von denen Kapitän Adamec angab, daß Oberst Veran der Tschechoslowakei große Dienste geleistet habe, da er über die Waffenlieferungen der Soldaten- und Arbeiterräte nach Deutschböhmen Berichte an das Nationalverteidigungsministerium sandte, die zur Folge hatten, daß einige Waffentransporte an der tschechoslowakischen Grenze beschlagnahmt wurden.

Von den verlesenen Akten ist äußerst bemerkenswert das Protokoll des Inspektors Kilar, der erklärte, daß Brück behauptet habe, er hätte sich die ganze Ententemission für eine Million gekauft.

Am dritten Verhandlungstage.

Unter den Akten, die vorgelesen wurden, ist das Protokoll, das mit Brück aufgenommen wurde, bemerkenswert. Brück gibt an, daß er den damaligen Kriegsminister Klossak aus der Zeit ihrer gemeinschaftlichen Strafkasse kenne. Aus Gefälligkeit habe er der Tschechoslowakischen Republik Waffen geliefert, obwohl er auch von Ungarn und Polen zum Verkauf von Kriegsmaterial aufgefordert worden sei.

Im Protokoll der Kontoristin Korus heißt es, Major Reand und Oberst Veran seien im Auto Brücks herumgefahren.

Der Militärprokurator behauptet, es sei unmöglich, daß die Offiziere, die nach Zeugnisaussagen vor dem Kriege kein großes Vermögen besaßen, plötzlich als reiche Leute aus Wien zurückkehren könnten. Die Wiener Polizei und auch die Wiener Verfassungsgesichtliche wußten nichts davon, daß Frau Veran nach ihrem ersten Gatten etwas geerbt habe.

Verteidiger Annych erklärte, daß die beiden Angeklagten nicht „dienstliche Beamte“ im Sinne des § 383 des Militärstrafgesetzes gewesen seien, da sie die Regierung auf illegale Weise ausgeschiedet habe, mit dem Auftrage, unter der Hand Waffen einzukaufen. Es wurde hier von Zeugen bestätigt, sagte der Anwalt, daß die Offiziere vom tschechoslowakischen Nationalverteidigungsministerium den Auftrag erhalten hatten, entgegen den Bedingungen der Friedensverträge Käufe abzuschießen. Was das Beweismaterial anlangt, seien in Brücks Notizbuch auch einige österreichische Staatsbürger eingetragen, ohne daß es einem österreichischen Staatsanwalt eingefallen wäre, eine Anklage gegen diese zu erheben. Ein Gutachten befugt übrigens, daß Brück das Buch nur geführt habe, um die Steuerbehörde zu täuschen. Die Beamtin Korus werde übrigens in Wien wegen Erpressung verurteilt, da sie nach dem Tode Brücks wiederholt von Personen, die mit ihrem ehemaligen Chef in Geschäftsverbindung standen, unter Drohungen größere Geldbeträge verlangt hat. Wenn die Anklageschrift folgt, Reand habe immer Geld genommen, weil er sich vom Ingenieur Fischer für die gelieferten 100.000 Mannlicher-Gewehre 100.000 Kronen auszahlen ließ, so sei dies eine gewaltsame Forderung, denn Major Reand habe sofort dem Nationalverteidigungsministerium mitgeteilt, daß er mit der Summe bestochen worden sei und habe von Zektionschef Kudara ausdrücklich die Erlaubnis erhalten, Bestechungsgelder anzunehmen, wenn er sie dem „Schwarzen Fonds“ abführte. Auf die Vermögensverhältnisse des Major Reand übergehend, erklärte der Verteidiger, daß er noch im Kriege erspartes Geld zur Verfügung hatte. Uebrigens habe er auch als italienischer Legionär noch acht Monate nach seiner Rückkehr in die Tschechoslowakei das Gehalt in Lire ausbezahlt erhalten und daher beträchtliche Summen zurücklegen können.

Der Verteidiger des Obersten Veran Dr. B. hat bemerkt, daß das Notizbuch Brücks von der österreichischen Regierung nicht ausgefolgt werde, weil darin angeblich auch Aufzeichnungen über Bestechungen hoher österreichischer Würdenträger enthalten sind. Selbstverständlich könne dieses Buch nicht als Freischmiedmaterial gewertet werden. Wenn Oberleutnant Vredko den Angeklagten vorwirft, sie hätten sich nicht darum gekümmert, um welchen Betrag Brück die Waren kaufe und was er beim Weiterverkauf verdiene, so sei dies lächerlich. Wenn jemand dem geliebten Schieber zugemutet hätte, ihm Einblick in seine Machinationen zu gewähren, oder gar verlangt hätte, er möge die ursprünglichen Fakturen vorlegen, so hätte ihm Brück zum Fenster und nicht zur Tür hinausgeworfen. Was das Vermögen anlangt, habe die als Zeugin einvernommene Frau des Obersten angegeben, daß sie sämtliche Juwelen und auch einen Teil des Geldes von ihrem ersten Manne geerbt habe. Unausgeklärt sei nur die Herkunft eines Perlenkollars und eines wertvollen Ringes, weil sich Frau Veran hierüber in öffentlicher Verhandlung nicht habe äußern wollen. Wichtig sei nur, daß ihn jemand anderer gekauft habe. Ich könnte viel darüber erzählen, aber die Dame weigerte sich mit Recht, in öffentlicher Verhandlung etwas darüber auszusagen, und deshalb schweige auch ich. Kein Gentleman wird verlangen, daß sich eine Frau, die der besten Gesellschaft angehört, vor der ganzen Öffentlichkeit moralisch entleide (?). Der Verteidiger schloß mit der Aufforderung an das Gericht, die Angeklagten freizusprechen, da es im Auslande einen eigenartigen Eindruck erwecken würde, wenn tschechische Offiziere, die die Regierung vertraulich

zur Durchführung einer mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehenden Aktion ausgefandt hat, verurteilt würden. (Gewiß, das Urteil wird bestimmt Eindruck machen!)

Nach längerer Beratung fällte das Gericht um halb 6 Uhr abends das Urteil:

Beide Angeklagten wurden freigesprochen,

da das Gericht im Laufe des Beweisverfahrens nicht die Ueberzeugung von der Schuld der beiden Offiziere erlangt hat.

Das Urteil im Spielerprozeß Mandelst.

Das Kreisgericht Reichenberg fällte Montag das Urteil gegen den wegen Falschspiels angeklagten Direktor der „Victoria“-Versicherungsgesellschaft in Reichenberg, Karl Mandelst. Nach Schluß des Beweisverfahrens plaidierte Staatsanwalt Dr. Bauer auf Grund des Ergebnisses des Beweisverfahrens und unter Charakterisierung gewisser Zeugnisaussagen eingehend für den Schuldspruch des Angeklagten, während der Verteidiger Dr. Langstein in längeren Ausführungen für einen Freispruch seines Klienten eintrat, wobei er die Angaben des Belastungszeugen und dessen Verhalten einer scharfen Kritik unterzog. Nach gegenseitiger Beratung verkündete der Vorsitzende O. A. Dr. Goll das Urteil, demzufolge Karl Mandelst gemäß der Anklage des Verbrechens des Betruges durch Falschspiel und der Uebertretung des Casardspiels schuldig erkannt und zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt wurde. Das Urteil ist unbedingte. Der Kernsatz der langen Urteilsbegründung war der, daß der Gerichtshof als erwiesen annahm, daß der Angeklagte in den Morgenstunden des 24. Juni v. J. sich eines falschen Spieles bedient hat, um zu gewinnen. Bei der Strafbemessung wurde auf die „überwiegenden Milderungsgründe“ gebührende Rücksicht genommen. Verteidiger Dr. Langstein meinte die Richtigkeitsbeschwerde an.

Bildungsarbeit.

Vorbildliche Bildungsarbeit. Die Ortsbildungs-kommission einer kleinen Gemeinde, von Restomitz bei Aussig, verleiht einen Bericht, aus dem man lernen kann, wie auch im bescheidenen Rahmen ernste und fruchtbare Arbeit geleistet werden kann. Die Tätigkeit erstreckt sich systematisch nach allen Seiten, eine Bibliothek, Vorträge, Theaterveranstaltungen, Ausflüge und körperliche Übungen auf dem Boden eines Arbeiter-Turnvereines greifen planvoll ineinander, um das Bildungs- und Anregungsbedürfnis des werktätigen Proletariats zu befriedigen.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der schönste Ausflug wird oft dadurch verdorben, daß sich bereits nach kurzem Gehen Müdigkeit einstellt und Fußschmerzen einstellen und dem Ausflügler den Frohsinn rauben. Ein unschlagbares vorbeugendes Mittel sind Palma-Kautschukabsätze und Kautschuksohlen, welche den Gang elastisch und angenehm machen. Ersparungen des Körpers, bezw. des Rückgrates, mildern und dadurch bewirken, daß Müdigkeitserkrankungen nicht so leicht aufkommen können. 1652a

Verleger: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

Deutscher Theatergarten Heute Großes Konzert Anfang 3 Uhr

Wollen Sie ständigen Verdienst? Schreiben Broz, Karla Reides. 1105

Piering-Sent u. Essig ist der beste! zu haben in allen Konsum-Vareinen.

In einer Stunde

Das Weltall, Philosophie, Weltgeschichte, Kunsthgeschichte, Weltliteratur, Deutsche Literatur, Physik, Chemie. Führer von bekannten Autoren wie Bürgel, Schöller, Klambund, Lafer-Cohn u. a. — Jeder Band gebunden M. 6.50. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freise & Lepth-Schönan, Theresienstraße Nr. 18. Inserieren Sie im Sozialdemokrat !!

friedigen. Die Schichtung jener, welche die verschiedenen Möglichkeiten für sich in Anspruch nehmen, geht aus dem Verzeichnis der Bibliotheksleiter nach Berufen und Organisationen hervor: da stehen neben 143 gewerkschaftlich und 77 politisch organisierten Arbeitern 178 Parteiloze, 13 selbständige Handwerker und neun Werkmeister — eine fruchtbringende Gelegenheit für die Klassenbewegten Genossen, die vorläufig „Parteilosen“, aber geistig ihnen gewiß nahestehenden völlig zu sich hinüberzuziehen. Diese 452 Leser entziehen im Jahre die respectable Zahl von 5953 Bänden, und wenn auch, wie selbstredend, die Erzählungsliteratur mit 5073 Bänden weit an der Spitze marschiert, kamen doch die Wissenschaften nicht zu kurz, namentlich die Naturwissenschaften (224 Bände). Die von der Frauenorganisation veranstalteten (7) Vortragsabende beschränkten sich, Zersplitterung vermeidend, fast ganz auf das Thema „Weiß“, starke Teilnahme (24) wiesen die (8) Ausflüge und das Duzend Theaterveranstaltungen mit 3076 Zuschauern auf, wenn auch freilich die Auswahl der Stücke nur mit dem „Reineidbauer“ und zur Rot mit „Stadt und Land“ befriedigt. All das hier Angeführte ist nichts Großes und Gewaltiges. Aber mit Rücksicht auf die geringen Kräfte stellt es eine achtunggebietende Leistung und eine Mahnung an stärkere Organisationen dar, erst recht ihre Bildungspflicht zu erfüllen. Denn das Bedürfnis ist überall vorhanden und es harret nur der zielbewussten Genossen, die es akkurat wachen und organisieren.

Bereinsnachrichten.

Touristverein „Naturfreunde“. Heute Donnerstag, den 31. Mai, Dampferausflug nach Jauitz. (Wanderung Jarob-Domole, Riettertour.) Gutes Schuhwerk, Feins Stöcke, Jagdsammlerwerkzeug halb 14 Uhr Landungsplatz Palacky-Rai. Führer Beller. Fahrkosten 5 K. — Die Mitglieder werden eingeladen, an der Exkursion nach Keratowitz, Nährmittelwerke, teilzunehmen. Treffpunkt 1 Uhr Wilsonbahnhof. 1520

Vipsin bürgelt
GEORG SCHICHT A.G.
AUSSIG.
für **Vipom!**

Palma
Kautschukabsätze und Kautschuksohlen
Schonen die Nerven, schützen die Füße, helfen sparen!